Breslau, Freitag, 22. Juli 1932
Nr. 162. Jahrg. 931

Preis 10 Pf.
Reichsausgabe

Sozialdemokratische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Heraus zur Abwehr!

Zuerst: Aussprechen was ist!

„Mit den heutigen Maßnahmen ist der erste entscheidende Schritt zur Beseitigung des revolutionären Regimes getan, der erste Schritt, um die Schmach des 9. November auszulöschen."

Mit diesen Worten begleitet der Hugenbergsche Pressedienst seine jubelnden Kommentare über das „Großreinemachen in Preußen".

Es stimmt nicht, daß die Absetzung der preußischen Minister und die Verhängung des Belagerungszustandes, die Errichtung der Militärdiktatur in Berlin der erste entscheidende Schritt der erfolgreich vorwärtsschreitenden bonapartistischen Konter-Revolution in Deutschland wäre. Aber ein weiterer und entscheidender Schritt zu ihrem Siege, wenn nicht in letzter Stunde die Abwehr einsetzt! Die Brüningsche Notverordnungsdiktatur, Brünings Sturz, die Verjagung des Scheinreichstags und die Entfesselung des faschistischen Terrors gingen voran. Und jetzt, da eine wachsende Welle des antifaschistischen Widerstandes sich zu erheben begann, da gewaltige Kundgebungen der Arbeiter immer mehr in Schwung kamen, soll der Widerstand gebrochen werden. Straße frei für Hitler, das ist der Sinn des Staatsstreiches in Berlin. Schlag auf Schlag folgen die Maßnahmen der Diktatur-Regierung: Demonstrationsverbot, Beseitigung der unbequemen republikanischen Minister, — unbequem, obgleich die Arbeiter niemals schonungsloser den brutalen Massakers der reaktionären Schupooffiziere und ihrer teilweise faschistischen Mannschaften ausgesetzt waren wie in den letzten Tagen — und Verhängung des Belagerungszustandes, Errichtung der Militärdiktatur!

*

Mit einer Tragikomödie endet das Kapitel der Geschichte, das im November 1918 begann. Nicht mit einem Handstreich — mit einem Federstrich wird das letzte Bollwerk des demokratisch-republikanischen Regimes von 1918 beseitigt. Der berühmte Leutnant mit 10 Mann verhaftet die gestern noch in den Wahlversammlungen der Eisernen Front als großmächtig gepriesenen sozialdemokratischen Minister, verhaftet die Spitzen der Berliner Polizei — die bürgerliche Demokratie dankt ab, sang- und klanglos! Sie macht der bonapartistischen Konterrevolution widerstandslos Platz; papierner Protest an den Staatsgerichtshof, dessen Entscheidung im vornherein feststeht, Aufruf der Gewerkschaftsspitzen mit der großspurigen Ankündigung: „Preußen setzt sich zur Wehr" — zur „Besonnenheit" und Aufruf zur Abwehr des konterrevolutionären Vorstoßes mit dem — Stimmzettel bei der Reichstagswahl! Die sozialdemokratischen Arbeiter, verwirrt durch 13½ Jahre „Preußenpolitik", stehen abwehrbereit, sie kommen zu den Betrieben und erwarten die politische Streiklosung, kopfschüttelnd erfahren sie, daß alles in besten Händen ist, die zunächst notwendigen Gegenmaßnahmen „bereits eingeleitet seien", — wirkungslos verhallt für jetzt die Generalstreiklosung der Kommunisten, die unter den organisierten Arbeitern auch in den letzten entscheidenden Tagen ihre Isolierung nicht durchbrechen konnten. Die Kommunisten, deren unbelehrbare Führer es sich auch heute nicht verkneifen können, von einem „abgekarteten Spiel Severings mit der Konterrevolution" zu sprechen, im Augenblick, wo dieser letzte traurige Ritter der bürgerlichen Demokratie den Bankerott seiner verhängnisvollen Politik für die Arbeiterklasse mit der Verjagung aus dem Amt bezahlt, und nach bewegten Protesten der „Gewalt" weicht, die er und seinesgleichen großzüchten halfen.

Erbärmlicher und jämmerlicher ist noch kein System zusammengebrochen. Die Tränen, von denen eine Sensationsmeldung spricht, in die Angestellte des Berliner Polizeipräsidiums bei der Abführung von Grzesinski, Weiß und Heimannsberg ausgebrochen sein sollen, waren die einzigen, die dem preußischen System und seinen führenden Helden nach 13½ Jahren nachgeweint wurden . . .

Die Konterrevolution triumphiert. So leicht hätte sich der Herrenklub und seine Beauftragten die Erreichung des von den Faschisten leidenschaftlich geforderten Zieles der Vertreibung der bürgerlichen Demokraten aus Preußen nicht gedacht. Und dieser Triumph, er müßte heute endlich den sozialdemokratischen Arbeitermassen die Augen öffnen! Schritt für Schritt hat die sozialdemokratische Politik zielsicher ins Verderben geführt. Es ist die Tradition von Noske und Ebert, die sich heute auswirkt! Es sind die Verordnungen von Noske und Ebert, die als Musterbeispiel den Schreckensnotverordnungen der Bonapartisten zugrunde liegen. Es ist die Praxis der Ebert-Diktatur, die in der Hindenburg-Papen-Diktatur fortgesetzt wird. Severing und Grzesinski werden abgesetzt und verhaftet, von den Offizieren jenes Generals Schleicher, der 1923 an der Spitze der von Ebert und Sollmann nach Sachsen entsandten Reichsexekutive die Zeigner-Regierung verhaften ließ. Nur daß sich heute die Reichsexekutive gegen das seit 14 Jahren von der Sozialdemokratie verwaltete Preußen bisher reibungsloser und daher in weniger blutigen Formen vollzieht. Zeigner war ein linker Sozialdemokrat. Er bildete mit Kommunisten ein Kabinett zur Abwehr des Faschismus. Hinter ihm standen wenigstens Teile der sächsischen Arbeiterschaft, entschlossen, Widerstand zu leisten; Severing erhält noch beim Abgang die Komplimente der Bonapartisten — hinter ihm steht niemand, der bereit ist, wirksamen Widerstand zu leisten.

Gestern saßen in allen Arbeiterheimen, in den Gewerkschaftshäusern die sozialdemokratischen Funktionäre, und kein geringer Teil unter ihnen erwartete aus Berlin die Generalstreiklosung. Diese Losung ist ausgeblieben. Es kam die Weisung, laßt euch nicht provozieren, keine Unbesonnenheit, gebt die Antwort in der Wahl! Und so unsicher geworden sind selbst die widerstandsbereiten unteren sozialdemokratischen Funktionäre, daß es kaumwenige Dutzend geben dürfte, die von sich aus bereit wären, gegen diese Losung der Spitzen den Widerstand ihrer Bezirke zu entfachen, um die in Berlin zu zwingen, von der verhängnisvollen Kapitulation ab- und zur wirklichen Massenverteidigung überzugehen! Deshalb heran an sie, und ihrem Kampfwillen ein Weg gezeigt!

Aussprechen was ist: das ist das Entscheidende. Das Gros der sozialdemokratischen Arbeiter, durch tausend Niederlagen, die ihnen die Politik der Führung zugefügt hat, gewitzigt, steht abwartend beiseite, im Augenblick, wo nur die entschlossenste kühnste Gegenoffensive gegen die Bonapartisten mit einem Schlage die Lage ändern könnte.

*

Es wird berichtet, daß in Berlin am Kottbuser Tor einige hundert kommunistische Demonstranten sich zusammenfanden und dort von der Polizei blutig auseinander getrieben wurden. Sonst — so berichten übereinstimmend alle Meldungen — ist es bis jetzt überall im Reiche „ruhig geblieben". Die ausländischen Berichterstatter heben das in ihren Reportagen als kennzeichnend und für die Lage besonders erstaunlich hervor. Die Zentrale der Kommunistischen Partei, die kommunistische Parteidruckerei — so wird gemeldet — ist von der Militärdiktatur geschlossen worden, als dort ein Flugblatt, das zum Generalstreik aufrief, in der Maschine war. Mag dem so sein oder nicht, jeder wäre ein Fantast, der annehmen würde, daß der kommunistische Aufruf zum Widerstand und zum Streik Erfolg haben könnte, solange es nicht gelingt, die Mitglieder der Massenorganisationen, der Gewerkschaften, mitzureißen und durch sie die Führung des ADGB, die bereits die weiße Fahne gehißt hat, zum Kampf zu zwingen.

Es ist jetzt nicht Zeit dazu, über die verhängnisvolle Auswirkung des Gegenspiels der reformistischen Politik in Deutschland, über dieses Ergebnis eine jahrelangen Zersplitterungs-, Sektierer- und leeren Kraftmeierpolitik zu rechten.

Es gilt jetzt zu erkennen, was ist und darnach zu handeln! Die künstliche Ohnmacht der antifaschistischen Front zeigt sich, nachdem in den letzten Tagen sich steigernd der Kampfeswille und die Kampfkraft der Massen, von Stunde zu Stunde gegen das Diktatur-Regime und gegen den faschistischen Terror wuchs. Nachdem die faschistische Partei ihre Einkesselung bedrohlich feststellen mußte und um sie zu durchbrechen, die Papen-Regierung zwang, den Staatsstreich in Preußen fortzuführen, nachdem in hunderten Orten gewaltige Kundgebungen, stärker als jemals in den Tagen seit 1918, aufmarschierten und die faschistischen Mordbanden in zahlreichen Orten zu Paaren getrieben wurden.

Deshalb kommt jetzt alles darauf an, diesen Kampfeswillen trotz der Kapitulationsneigung der Gewerkschaftsspitzen und trotz der Isolierung der kommunistischen Führung eine klare Richtung, eine wirkliche Führung zu geben.

Es ist ein Verbrechen, die Arbeiter mit der Vertröstung auf den Spruch des Staatsgerichtshofes abwiegeln zu wollen. Es ist das Gegenteil von Besonnenheit — es ist die Auslieferung an das Messer des Faschismus. Es ist Selbstmord!

Das preußische System ist gestürzt, aber der Kampfeswille der Arbeiter, die an dieses System glaubten, lebt! **Jetzt erst recht mit den Arbeitern der Eisernen Front, gegen die verhängnisvolle Losung der Berliner Spitzen der Eisernen Front, Seite an Seite mit den Arbeitern der Antifaschistischen Aktion,**

für den Arbeiterblock, für den Einsatz der proletarischen Massenorganisation zum politischen Massenstreik,

für den Sturz der Staatsstreichregierung,

für die Ausrottung der faschistischen Mordorganisationen,

für die Verteidigung der Rechte und Freiheiten der Arbeiterklasse,

für die Verteidigung der nackten Existenz und der Arbeiterorganisationen,

für Freiheit und Brot!

Jetzt in allen Betrieben und an allen Stempelstellen zusammengestanden, und die notwendigen Beschlüsse gefaßt, die die Bürokratie zwingen, die Organisationen in die Kampffront einzureihen!

Nieder mit der Militärdiktatur!

Nieder mit den Schrittmachern der faschistischen Terrorherrschaft!

Nieder mit der Sabotage der Einheitsfront in den eigenen Reihen!

Heraus zur Abwehr in dieser entscheidenden Stunde!

An die Arbeiterschaft Deutschlands

Der Staatsstreich der Papen-Regierung ist da. Die Regierung der Barone hat ausgeführt, was Hitler befohlen hat. Das Militärregiment ist etabliert, die Macht liegt in den Händen des Militärs. Damit sind die letzten Voraussetzungen für die Aufrichtung der offenen faschistischen Diktatur geschaffen.

Die Arbeiterklasse steht jetzt in der entscheidenden Situation. Die Stunde des Handelns ist gekommen.

Noch hat das deutsche Proletariat soviel Kraft, die Fesseln zu zerschlagen, die man ihm anlegen will. Noch bestehen die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterklasse, noch ist ihre Kraft nicht gebrochen. Aber es ist keine Zeit mehr zu verlieren. Jedes Zögern kann der Arbeiterklasse die letzte Möglichkeit des Widerstandes nehmen und sie auf Jahre hinaus der völligen Versklavung und der schrankenlosesten Ausbeutung ausliefern.

Deshalb fordern wir in diesem entscheidenden Augenblick die organisierte Arbeiterschaft auf, sich wie ein Mann zu erheben und gemeinsam mit uns alle Organisationen der Arbeiterklasse zum gemeinsamen Kampf aufzurufen und alle widerstrebenden Elemente zu einheitlichen Aktionen zu zwingen.

Die Gewerkschaften, die SPD, die SAP, die KPD, alle Klassenorganisationen des Proletariats müssen sich über die gemeinsamen Kampfziele, für die es jetzt den geschlossenen Kampf zu führen gilt, verständigen.

Aufhebung des Belagerungszustandes
Aufhebung des Demonstrationsverbots
Verbot der SA
Rückgängigmachung des Unterstützungsraubes
Beseitigung der Papen-Regierung und des Notverordnungs-Systems.

Das sind die Mindestforderungen, für die es die Kampffront zu formieren gilt.

Die Arbeiterklasse ist unbesiegbar, wenn der Wille zum Kampf in einer machtvollen Einheitsfront des Proletariats seinen Ausdruck findet.

Sozialistische Arbeiterpartei Deutschland
Der Parteivorstand.

„Ich bin . . ., ich erwarte . . ."
Rundstedt stellt sich vor

Berlin, 20. Juli.

„Ich bin durch den Herrn Reichswehrminister zum Inhaber der vollziehenden Gewalt für den Bereich von Groß-Berlin und die Provinz Brandenburg ernannt worden.

Ich erwarte von allen Behörden und von der Bevölkerung, daß sie meinen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung erlassenen Anordnungen Folge leisten.

Der diese Bekanntmachung böswillig abreißt, verunstaltet oder beschädigt, wird bestraft.

Berlin, den 20. Juli 1932.

Der Militärbefehlshaber
gez. von Rundstedt, Generalleutnant."

Das erste Versammlungsverbot

Luckenwalde, 20. Juli.

CNB. In Luckenwalde hatten für heute abend Nationalsozialisten und Kommunisten Kundgebungen einberufen. Der Regierungspräsident in Potsdam schickte ein größeres Schupoaufgebot mit Karabinern nach Luckenwalde und machte gleichzeitig dem militärischen Befehlshaber in der Provinz Brandenburg Mitteilung, daß Zusammenstöße zu befürchten seien. Der militärische Befehlshaber hat daraufhin beide Kundgebungen verboten.

Das gesamte Preußenkabinett vertrieben

Das Reichskabinett hat in seiner gestrigen Abendsitzung beschlossen, auch die übrigen preußischen Minister ihres Amtes zu entheben, nachdem sich diese geweigert hatten, an einer Besprechung mit Papen in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für Preußen zusammenzuarbeiten.

Grzesinski verhaftet

Berlin, 20. Juli.

Der Polizeipräsident Grzesinski sollte um 4 Uhr sein Amt niederlegen und dem Kommissar der Militär-Diktatur, dem Polizeipräsidenten Melcher-Essen, übergeben. Nach anfänglicher Zustimmung weigerte er sich aber, den Posten zu verlassen. Er schrieb dem Militärkommandanten Rundstedt: „Ich halte die von Ihnen getroffenen Maßnahmen als mit der Verfassung nicht im Einklang stehend und weigere mich, Ihrer Weisung Folge zu leisten. Als Mitglied des Landtages und Abgeordneter bin ich auf Grund der Verfassung immun und kann weder verhaftet noch in Schutzhaft genommen werden."

Eine Stunde später erschien ein Offizier der Reichswehr mit 12 feldmarschmäßig ausgerüsteten Reichswehrleuten und verhaftete Grzesinski, den Vizepräsidenten Dr. Weiß und den Polizeikommandeur Oberst Heimannsberg. Die Verhafteten wurden in das Offiziersgefängnis in Moabit überführt. Während der Abführung wurden in den Gängen des Polizeipräsidiums von Beamten Hochrufe auf die Republik ausgebracht.

Wie die Verhaftung erfolgte

Der vom Reichskommissar für Preußen ernannte Polizeipräsident für Berlin, Dr. Melcher, erschien gestern nachmittag gegen 5 Uhr im Polizeipräsidium. Er war von einem Offizier und zwölf Reichswehrsoldaten begleitet und begab sich in das Arbeitszimmer des Polizeipräsidenten Grzesinski. Die Reichswehrsoldaten trugen Stahlhelm und waren mit Revolvern und Handgranaten ausgerüstet. Der die Soldaten anführende Reichswehroffizier

erklärte Grzesinski für verhaftet.

Die Begründung zur Verhaftung soll darin bestehen, daß sich der Polizeipräsident geweigert habe, von seinem Posten freiwillig zurückzutreten. Im Polizeipräsidium gab es über den Vorfall große Erregung. Die Verhaftung wurde vor den Augen der Preussenvertreter und der Beamten des Polizeipräsidiums, die zusammengelaufen waren, durchgeführt. Die zehn Soldaten begaben sich mit dem Offizier und Dr. Melcher sowie Oberst Poten in das Zimmer des Polizeipräsidenten. Zwei Soldaten mit Handgranaten, Pistolen und Stahlhelmen sicherten das Zimmer von außen.

•

Berlin, 20. Juli.

Die Ueberraschung der ersten Nachmittagsstunden bildeten die beiden Schreiben des Polizeipräsidenten Grzesinski, aus denen sich ergibt, daß im Berliner Polizeipräsidium eine neue Situation eingetreten ist. Mittags hatten die amtlichen Stellen den Rücktritt der Herren Grzesinski, Dr. Weiß und Heimannsberg bereits als Erfolg angesehen, da Polizeipräsident Grzesinski erklärt hatte, daß er freiwillig gehe. Später hatte er diese Erklärung zurückgezogen unter dem Hinzufügen, er habe vom preußischen Innenminister andere Anweisungen und werde sich dazu auch noch schriftlich äußern. Das ist mit den beiden Briefen geschehen. Tatsächlich amtierte Polizeipräsident Grzesinski nachmittags noch in seinen Amtsräumen. Wie er mitteilt, hatte er seine Bereitwilligkeit zur Uebergabe der Amtsgeschäfte in der Annahme erklärt, daß die Unterlagen für seine Amtsentsetzung in Ordnung seien. Bei der Nachprüfung sei er zu anderer Auffassung gekommen. Das einzige was er anerkennt, ist die Entziehung seiner Verfügungsgewalt über die Schutzpolizei durch den Ausnahmezustand.

Sie unterschreiben einen Revers

Berlin, 20. Juli.

CNB. Wie wir erfahren, sind der bisherige Polizeipräsident Grzesinski, der bisherige Polizeivizepräsident Dr. Weiß und der bisherige Kommandeur der Schutzpolizei Oberst Heimannsberg, aus der Schutzhaft entlassen worden. Sie haben sich sofort zu ihrem Rechtsanwalt Professor Dr. Max Alsberg begeben, um mit diesem die Rechtslage zu besprechen.

•

WTB berichtet: Bevor die Herren Grzesinski, Weiß und Heimannsberg aus der Schutzhaft entlassen wurden, erschien bei ihnen ein Offizier der Reichswehr. Dieser legte jedem der Herren ein Schriftstück zur Unterzeichnung vor, das folgenden Wortlaut hat:

„Nach meiner gewaltsamen Entfernung aus dem Amt, erkläre ich mich bereit, mich jeder weiteren Dienstmaßnahmen zu enthalten."

Die drei Herren haben dieses Schriftstück unterzeichnet und sind darauf entlassen worden.

Kapitulation statt Kampf

Von den unterzeichneten Gewerkschaftsverbänden wird folgender Aufruf verbreitet:

Die neuesten politischen Vorgänge haben die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten in große Erregung versetzt. Sie müssen trotzdem ihre Besonnenheit bewahren.

Noch ist die Lage in Preußen nicht endgültig entschieden. Der Staatsgerichtshof ist angerufen.

Die entscheidende Antwort wird das deutsche Volk, insbesondere die deutsche Arbeitnehmerschaft, am 31. Juli geben. Es ist die Pflicht aller gewerkschaftlichen Organisationen und aller Volksschichten, die auf dem Boden der Verfassung und des Rechtes stehen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß diese Reichstagswahl stattfindet. Weder der Terror der Straße noch irgendeine verfassungswidrige Diktatur darf verhindern, daß am 31. Juli das Volk von seinem höchsten Rechte Gebrauch macht. Die vorbildliche Disziplin der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten ist auch in diesen schweren Tagen unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. Wir lassen uns die Stunde des Handelns von Gegnern der Gewerkschaften nicht vorschreiben.

Berlin, den 20. Juli 1932.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Allgemeiner Freier Angestelltenbund, Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Gesamtverband deutscher Verkehrs- u. Staatsbediensteter, Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, Allgemeiner Deutscher Beamtenbund, Deutscher Beamtenbund.

•

Die deutsche Arbeiterklasse wird diesen Aufruf der Gewerkschaften, zu dessen Unterzeichnern auch die Spitzenorganisationen der freien Gewerkschaftsbewegung gehören, nur mit größtem Befremden vernehmen. Instinktiv empfinden die Arbeiter, daß

jetzt jedes Ausweichen vor dem Kampf einer Kapitulation gleichkommt,

die nur der Konterrevolution nutzt, da sie diese geradezu in ihrem Vorgehen ermuntert. Das ist in der Tat auch der Fall, und man braucht sich nur nach der Aufnahme dieses Aufrufes durch die hinter Papen stehenden Kreise umzuschauen, um hierfür den Beweis zu haben. Ein wahres Aufatmen geht durch ihre Reihen. Das größte Moment der Unsicherheit, das ihre Rechnung bisher noch aufwies, die Möglichkeit einer Großaktion seitens der Gewerkschaften, ist jetzt ausgeschaltet. Der Aufruf gilt ihnen als eine Gewähr dafür, daß sie auf dem beschrittenen Wege ungestört weiterschreiten können. Denn natürlich haben sie weder von dem Staatsgerichtshof noch von dem 31. Juli auch nur das geringste zu befürchten. Der Staatsgerichtshof wird, darüber besteht doch wohl auch bei den Gewerkschaften kein Zweifel, keine Entscheidung gegen die Papen-Diktatur bzw. gegen Hindenburg fällen. Und was den 31. Juli angeht, so besteht kein Grund zur Annahme, daß ein Adelsklub, der wider Recht und Verfassung den alten Reichstag verjagt und sich eigenmächtig und nur mit dem Segen Hindenburgs ausgestattet als Reichsregierung etabliert hat, vor einem neu gewählten Parlament etwa mehr Respekt hätte, wenn es nicht nach seinem Willen ausfällt.

Alle diese Argumente sind darum Ausflüchte,

die nur schwach die Tatsache verbergen, daß man in den Gewerkschaftsspitzen wie in den Spitzen der SPD den wirklichen Kampf und die wirkliche Auseinandersetzung scheut.

Unmöglich darf dies das letzte Wort sein! Es ist Aufgabe der Mitglieder, für eine gründliche Korrektur des Beschlusses zu sorgen, indem sie von den Betrieben und Gewerkschaftsversammlungen aus die Gewerkschaften mit entsprechenden Resolutionen überschütten und in jedem Falle sofort verlangen, daß

überall zu gemeinsamen politischen Kundgebungen der Arbeiterorganisationen aufgerufen wird.

Einzelaktionen, darüber besteht kein Zweifel, müssen verpuffen und sind darum abzulehnen. Notwendig ist eine Gesamtaktion der Arbeiterklasse. Käme sie zustande, dann wäre der ganze Papen- und Hitler-Spuk in noch keinen 24 Stunden beendet. Diese Gesamtaktion muß herbeigeführt werden. Wir rufen alle Kameraden auf, gleichgültig, wo sie politisch stehen, sich überall und ohne Verzögerung für deren Zustandekommen einzusetzen.

Klassengenossen!

Nehmt sofort in allen Betrieben Stellung, wählt Delegationen, die den lokalen Ortsverwaltungen des ADGB die Forderung überreichen, den Streik zu erklären und bei den Gewerkschaftsspitzen die sofortige Aenderung ihres Beschlusses zu erwirken.

Wir stehen in einer entscheidenden Stunde. Nur die geschlossene Aktion der Arbeiterklasse kann die Entwicklung zugunsten der Arbeiterklasse wenden. Anders droht die Vernichtung.

Seit Tagen vorbereitet

Aus der amtlichen Erklärung vom 21. Juli, die den Streich zu rechtfertigen versucht:

Die blutigen, von kommunistischer Seite hervorgerufenen Unruhen haben die Reichsregierung vor die schwere Aufgabe gestellt . . .

Aus der amtlichen Erklärung zum Demonstrationsverbot: Am vergangenen Sonntag (den 17. Juli) ist es wiederum in vielen Orten zu blutigen Zusammenstößen gekommen... Um die unmittelbare Gefahr neuer Ueberfälle auf öffentliche Umzüge zu verhindern. . .

Am 12. Juli (!!) schreibt bereits der Hugenbergsche Nachrichtendienst: „Wir glauben zu wissen, daß die Reichsregierung entschlossen ist, die Dinge in Preußen nicht länger treiben zu lassen und alle Möglichkeiten zur Sicherung der Ruhe und Ordnung und

insbesondere zur Erhaltung einer schlagkräftigen Polizei in Preußen

anzuwenden. Die Reichsregierung ist entschlossen, von der von ihr beschrittenen Linie in keiner Weise abzuweichen, das Problem Reich—Preußen nicht nur für den Augenblick, sondern grundsätzlich einer positiven Lösung zuzuführen!" — Am 13. Juli, das war 4 Tage vor Altona!

Am 13. Juli (!!) verbreitete der Hugenberg-Nachrichtendienst einen Hetzartikel gegen das „Abeggkränzchen", und die „Schlesische Zeitung" beispielsweise berichtete aus Berlin, „es sei die Frage zu untersuchen, ob Severing in seiner Eigenschaft als Polizeiminister Preußens den gegenwärtigen Erfordernissen gewachsen ist."

Am 16. Juli kam Papen aus Neudeck und ließ offiziell verbreiten: ein Eingriff in Preußen käme gar nicht in Frage, da die preußische Verwaltung vollkommen intakt und keine Ursache einzugreifen bestehe!!

•

Am 12. Juli, also zehn Tage vor der Absetzung, war die Absetzung bereits beschlossen! Sie war bereits als beschlossene Sache der Presse des faschistisch-reaktionären Blocks vertraulich bekanntgegeben. Diese Presse informierte auch die Oeffentlichkeit. Aber zur Vernebelung erklärte die Regierung daraufhin, ein Reichskommissar in Preußen komme gar nicht in Frage, die Verwaltung sei vollkommen intakt. Und auf diese Beruhigungsmethoden, auf diese Bürgerkriegslist sind die Anhänger der geschäftsführenden Regierung in Preußen glatt hereingefallen. Altona war nur der Vorwand, um zuzupacken, das ist dokumentarisch festgestellt!

Sie rufen heute wieder „zur Besonnenheit", sie rufen dazu auf, ein Gerichtsurteil abzuwarten, von dem im vornherein feststeht, daß es den Streich bestätigen wird!

Severing-Polizei gegen Severing

Ueber die Einzelheiten, wie die Verjagung Severings durchgeführt wurde, berichtet die BBZ vom Mittwochabend:

Heute vormittag um 10 Uhr bat der Reichskanzler die preußischen Minister Severing, Hirtsiefer und Klepper zu sich, um ihnen Mitteilung zu machen von der Verordnung des Reichspräsidenten, durch die der Reichskommissar von Papen und der kommissarische Innenminister Bracht ernannt worden waren. Die preußischen Minister bestritten die verfassungsmäßige Zulässigkeit des Vorgehens, worauf der Reichskanzler sie darauf aufmerksam machte, daß hierüber der Staatsgerichtshof zu entscheiden haben werde und daß ihr Protest keine aufschiebende Wirkung zur Folge hätte. Darauf erklärten die Minister, daß sie nur der Gewalt weichen würden. Um zu verhindern, daß diese Drohung größere Zwischenfälle zur Folge haben würde, wurden sofort für Berlin und Brandenburg der Ausnahmezustand verhängt und die Polizei der Leitung des Reichswehrgruppenkommandos III übertragen. Ohne Widerstand zu leisten, verließen die preußischen Minister die Reichskanzlei. Der Reichskanzler hat an die übrigen preußischen Minister einschließlich Klepper und Hirtsiefer, die Anfrage gerichtet, ob sie bereit seien, mit ihm weiter zusammen zu arbeiten. Eine Antwort dieser Minister steht noch aus, weder ist mit Sicherheit zu erwarten, daß kein preußischer Minister die Amtsgeschäfte weiterführen wird, so daß auch diese kommissarisch ersetzt werden müßten.

Die Besprechung Papens mit den preußischen Ministern dauerte nur eine Viertelstunde. Als der Innenminister Severing in sein Amt zurückkam, waren durch den inzwischen ernannten Reichskommissar die Räume des preußischen Staatsministeriums, des Innenministeriums und der preußischen Presseabteilung geschlossen worden.

Eine Hundertschaft von Polizeioffizieren stand bereit, um Herrn Severing an der Fortführung der Amtsgeschäfte zu verhindern.

Außerdem befanden sich für alle Fälle einige Reichswehroffiziere in Zivil in den maßgeblichen Ministerien. Um 10,20 Uhr hatte praktisch die preußische Marxistische Regierung zu bestehen aufgehört.

•

Dem deutschen Reformismus bleibt in dieser Stunde keine Enttäuschung erspart. Eine seiner hehrsten Zuversichten war die preußische Polizei, deren Führung durch Severing noch am Dienstag abend von Ernst Heilmann in einer Breslauer Kundgebung als „mustergültig" bezeichnet worden war. Im selben Atemzug hatte derselbe Heilmann auch versichert, die preußische Polizei werde auch in Zukunft bleiben, was sie war. Noch keine 24 Stunden später aber spielte sich das oben beschriebene Schauspiel ab, in dem eine Hundertschaft Severingscher Polizei-Offiziere offen gegen Severing meuterte, indem sie sich mit der Papen-Diktatur gegen ihren eigenen Chef verbündete.

Severings Amtsenthebung vollzogen

Berlin, 20. Juli.

CNB. Bei dem Besuch im preußischen Innenministerium befand sich in Begleitung Dr. Brachts nicht nur ein Schupooffizier, sondern auch Polizeipräsident Melcher. Der bisherige Minister Severing wurde aufgefordert, sein Amt niederzulegen. Minister Severing erwiderte, daß er sich weigere, dieser Aufforderung nachzukommen und nur der Gewalt weichen werde. Als darauf die Anwendung von Gewalt angedroht wurde, verließ Minister Severing die Amtsräume und begab sich in seine Wohnung, die sich im gleichen Gebäude befindet. Damit ist die Amtsentsetzung des bisherigen preußischen Innenministers vollzogen. Dr. Bracht wird die Leitung des Ministeriums morgen früh übernehmen.

Rote-Fahne-Druckerei besetzt

Berlin, 21. Juli.

Die „Rote Fahne" ist heute früh nicht erschienen, da — wie wir erfahren — die Druckerei der Zeitung wegen Drucks eines verbotenen Flugblattes geschlossen worden ist.

•

Auch diese Maßnahme ist eine Herausforderung der gesamten Arbeiterschaft. Der Vorwand, der zu der Besetzung herhalten muß, ist gesucht. Die Wahrheit ist, daß dies der Auftakt zur völligen Unterdrückung der Arbeiterpresse ist. Die Generäle, die wieder obenauf sind, wollen an der Arbeiterschaft ihr Mütchen kühlen. Man will ihr den Mund stopfen, um desto gelassener die Faschisierung vollziehen zu können. Der Handstreich auf die Rote Fahne muß darum als eine Angelegenheit der gesamten Arbeiterschaft betrachtet werden. Ueberall muß sich der Protest erheben.

Polizei und Nazis gegen die schützenden Siedler in Mahlsdorf

Am Dienstag, den 19. Juli, versuchten etwa 140 Nazi die Arbeiter in der Siedlung Mahlsdorf zu provozieren. Reichsbanner, Kampfbund, SAP-Genossen und andere hatten sich zum Schutze der Siedler im Lokal „Nordstern" zusammengefunden. Gegen 11 Uhr rückte ein Lastauto mit Schupo an, die sofort die Ausgänge des Arbeiterlokals besetzten und alles nach Waffen untersuchten. Auf Grund eines angeblichen Waffenfundes im Garten des Lokals verhaftete die Schutzpolizei über 100 anwesende Siedler und ließ sie nach dem Präsidium bringen!

Die in dieser Straße sich in ihrem Verkehrslokal aufhaltenden SS und SA wurde durch die Polizei nicht behelligt. Im Gegenteil konnte sie, nachdem die Siedler verhaftet waren, ungestört in der Siedlung ihr Unwesen treiben.

Wankt Mussolini?

Rom, 20. Juli.

Die Agencia Stefani meldet:

Der König hat den Rücktritt des Außenministers Grandi, des Finanzministers Mosconi, des Justizministers Rocco, des Erziehungsministers Giuliano und des Korporationsministers Bottai entgegengenommen. Er ernannte zum Minister für auswärtige Angelegenheiten und Korporationen den Regierungschef, zum Justizminister den Abgeordneten und Rektor der Universität Rom, Professor Dr. Francisci, zum Finanzminister den Abgeordneten Guido Jung und zum Erziehungsminister den Abgeordneten und Rektor der Universität Palermo, Professor Ercole.

Zugleich wurde eine große Reihe von Unterstaatssekretären durch neue ersetzt.

•

Der große Ministerschub in Italien findet angesichts der Vorgänge in Deutschland wenig Beachtung. Wahrscheinlich sehr zu unrecht, denn wenn man auch in der faschistischen Presse den Vorgang als eine „normale" Ablösung hinstellt oder das Schwergewicht auf außenpolitische Gesichtspunkte verlegt, so dürfte der entscheidende Anstoß doch von innenpolitischen Erwägungen kommen. Daß Mussolini selber nicht allzu zuversichtlich in die Zukunft schaut, konnte schon seinen jüngsten Reden entnommen werden, die nicht mehr wie einst in der Anrufung der Gewalt und in Drohungen mit dem Säbel, sondern in der Anrufung der Vernunft und einem Appell nach internationaler Zusammenarbeit gipfelten. Die Tatsache, daß in dem neuen Kabinett Professoren und Wirtschaftspraktiker überwiegen, könnte man darum wohl dahin deuten, daß Mussolini versucht, durch die Regierungsumbildung eine Brücke zum Rückzug zu schlagen, die ihre Tragfähigkeit aber erst noch beweisen müßte.

„Tage der Kanonen“

Vertrauensvotum für die Schupo — Zusammenstöße mit Nazis — Sie „bereiten“ die Hitlerkundgebungen „vor“

Liegnitz, 21. Juli.

Der diesmalige Wahlkampf bringt scheinbar für Liegnitz „Tage der Kanonen“: Nach einem wirklichen Zirkus sollte am Freitag nachmittag ein großer Nazi-Zirkus vor sich gehen, persönliches Auftreten von Hitler! Der Hag, ein viele Morgen zählender städtischer Wiesenplan, war von ihnen gemietet worden. Die Stadt forderte für die Benutzung und nachherige Wiederinstandsetzung eine Gebühr von 3000 Mark. Seit einigen Tagen waren SA-Leute und andere Helfer mit dem Bau von Sitzplätzen, Sprechturm usw. beschäftigt. Anzeigen und Plakate verkündeten den Rummel. Und als „Arbeiterpartei“ waren die Eintrittspreise entsprechend angegeben: Stehplatz von 50 Pf. an bis zum Sitzplatz von 5 Mark. Genügend Interessierte für den neuen Messias sollen sich schon gefunden haben. Die neue Notverordnung betr. Demonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel machte den Vorbereitungen ein Ende. Ab heute wurden die Abbrucharbeiten vorgenommen, da der Hag kein abgeschlossener, immer umfriedeter Platz ist. Eine zahlreiche Menge umsäumte den Platz und ließ es an Spott nicht fehlen. Dabei kam es zu Tätlichkeiten, die später durch das Eingreifen der Polizei unterbunden wurden. Die bürgerliche Presse meldet, daß einige SA-Leute, die Zaunlatten und Handwerkszeug als Waffen benutzten, polizeilich festgestellt wurden. Als Ersatz für die Kundgebung der Nazis unter freiem Himmel sind einige große Säle gemietet worden.

Für das Zentrum sprach Brüning vor kurzem in Liegnitz. Die SPD hielt eine Versammlung mit Tarnow als Referenten. Hugenberg wird am Sonntag von den Deutschnationalen präsentiert. Von der Deutschen Volkspartei ist Dr. Dingeldey angekündigt. Ein derartiges Auftreten der „Prominenten“ ist in Liegnitz noch nicht dagewesen.

Die Gummiknüppelattacke der Polizei gegen die Anhänger der „Eisernen Front“ kürzlich in der Goldberger Straße hat der Polizei in der letzten Stadtverordneten-Sitzung ein Vertrauensvotum eingebracht. Die Abstimmung war: 20 Stimmen der Rechten und des Evangelischen Volksdienstes gegen 15 Stimmen der SPD. Die bürgerliche Mitte enthielt sich der Stimme. Die Sachlage war noch gar nicht geklärt und die amtlichen Ermittlungen nicht abgeschlossen. Ob die Genossen in der Eisernen Front über die Machtpositionen im Staat nun belehrt sind? Scheinbar dämmert es. Der Polizeikommissar Peters und der Oberwachtmeister Daysiger sind auf Ersuchen des Regierungspräsidenten vorläufig vom Straßendienst zurückgezogen bis zum Abschluß der Untersuchung. Ihr Vorgehen war besonders „schneidig“, und mit Recht wurden sie scharf in der „Volkszeitung“ angegriffen.

In der Innenstadt und am Arbeitsamt, wo sich in letzter Zeit Auseinandersetzungen zwischen Proleten und Nazis ereigneten, ist es durch die neuen scharfen polizeilichen Bestimmungen jetzt „ruhig“ geworden.

Die vom Kampfausschuß der Erwerbslosen angeregte Demonstration von SAP, KPD, SPD, ADGB und Arbeitersportler ist von letzteren (SPD, ADGB) abgelehnt worden. Die SPD will es allein schaffen, ihre organisatorische Stärke in Liegnitz wird besonders betont. Denselben Ausgang nahmen Verhandlungen zwischen SJV, KJ und dem Sozialistischen Jugendkartell. Einheitsfront ja, wir brauchen uns nur anzuschließen. Eine Versammlung könnte nur mit einem Redner der „Eisernen Front“ vor sich gehen, die anderen haben zuzuhören. Trotzdem waren einige dieser Genossen unserer Auffassung, stimmenmäßig vermochten sie sich leider nicht durchzusetzen. Es wird in Liegnitz noch mühevoller Arbeit bedürfen, dem Gedanken des Arbeiterblocks Eingang und Ausdruck zu verschaffen.

Wir beginnen den Wahlkampf.

Wenige Stunden nach dem Auftreten Hitlers findet die Wahlversammlung der Ortsgruppe Liegnitz der Sozialistischen Arbeiter-Partei statt, und zwar am Freitag, dem 22. Juli, abends 8 Uhr, im Saale des „Reichsadlers“, Nikolaistraße. Referent ist unser Genosse Frank, Reichsleiter des Schutzbundes. Alle unsere Mitglieder und die Genossen des Schutzbundes erscheinen vollzählig und sorgen für guten Besuch. Jeder agitiere unermüdlich für unsere Versammlung!

Das finanzielle und technische Uebergewicht unserer Gegner gilt es wettzumachen durch aller Mitarbeit und persönliche Werbung. Beispiel seien uns alle unsere erwerbslosen Genossen, die bis in die Nachtstunden Wahlarbeit leisten, wie auch z. B. unser Gen. B., der kürzlich einmal 30 SAZ umsetzte, ein andermal 50 Kampfsignale. Alles für unsere Liste 17, für unseren Kandidaten Georg Ledebour!

Sämtliche Schutzbundstaffeln und Sportlerschutzstaffeln treten Freitag, den 22. d. Mts. um 19,15 Uhr pünktlich zum allgemeinen Appell im Rundgang des Zirkus Busch an. Unentschuldigtes Fehlen bedeutet Ausschluß.

„Vorbereitung“ zur Hitler-Kundgebung

Liegnitz, 20. Juli.

Die bürgerliche Presse meldet:

Auf dem Hag, wo am Freitag bekanntlich Adolf Hitler sprechen sollte, ist es am Dienstag mehrfach zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und politischen Gegnern gekommen. Auf Grund des Demonstrationsverbots darf die Hitlerkundgebung nicht auf dem Hag, sondern auf einem Sportplatz stattfinden. Die Nationalsozialisten, die mit dem Abbrechen der bereits aufgebauten Tribünen beschäftigt waren, wurden ständig von vielen hunderten politischer Gegner umringt. Auf Anordnung der Polizei mußte der nationalsozialistische Arbeitstrupp geschlossen nach dem Braunen Haus marschieren. Trotz starker polizeilicher Bedeckung wurde der Zug von einer 1500-köpfigen Menschenmenge angegriffen; nur unter erheblichen Schwierigkeiten gelang es der Polizei, die Ordnung wiederherzustellen. Am Abend wurden sechs Nationalsozialisten im Stadtteil Carthaus von politischen Gegnern angegriffen; sieben Angreifer wurden festgenommen.

„. . . schon wieder so ein verfluchter Jude“

Neue Nazilüberfälle

Breslau, 21. Juli

Der 55 Jahre alte Kaufmann W. aus Breslau wurde am Montagabend gegen 11 Uhr in einem bekannten schlesischen Bade auf dem Wege zum Bahnhof von fünf bis sechs Nationalsozialisten unter dem Ruf „Da kommt schon wieder so ein verfluchter Jude“ überfallen und niedergeschlagen. W. wurde in schwerverletztem Zustande in die Privatklinik von Dr. B. nach Waldenburg gebracht.

Getötet, verletzt . . . . alles nur Kommunisten

Rothenburg, 21. Juli.

Eine bürgerliche Meldung besagt:

Gestern abend gegen 9,30 Uhr fand in Weißwasser eine Zusammenrottung von Kommunisten statt. Als die Polizei einschreiten wollte, um die Straßen zu säubern, wurde sie aus einem Hause der Muskauer- oder Karlstraße mit Steinen beworfen und anscheinend auch beschossen. Die Polizei feuerte darauf mehrere Schüsse ab und die Straßen wurden gesäubert. Es sollen ca. 15 Schüsse gefallen sein. Später fand man den etwa 30jährigen kommunistischen Jugendführer Kanitz mit einem Steckschuß im Halse blutüberströmt auf. Er erlag bald darauf seinen Verletzungen. Ein weiterer Kommunist wurde schwer verletzt. Ob noch weitere Demonstranten verletzt sind, steht noch nicht fest, da die Ermittlungen noch im Gange sind.

Infolge dieser Vorfälle wurde das Görlitzer Ueberfallkommando alarmiert, mit dessen Hilfe die Ruhe wieder hergestellt wurde. Noch in der Nacht traf der Görlitzer Staatsanwalt ein, um den Tatbestand aufzunehmen. Die Zusammenrottungen waren erfolgt, da in dem Gasthaus „Zur Krone“ eine nationalsozialistische Versammlung stattfand. Man hielt die Versammlungsteilnehmer in dem Gasthaus bis gegen 1 Uhr zurück, um weitere Zusammenstöße zu vermeiden.

*

Relativ vorsichtig ist diese Meldung gehalten — wir haben in den letzten Tagen andere Fassungen ähnlicher Vorgänge kennen gelernt —, denn es heißt, „anscheinend auch beschossen“. Die Polizei hat jedenfalls scharf geschossen — auch auf weite Entfernungen, denn auf der Strecke blieb ein Prolet mit einem Steckschuß.

Heute Donnerstag, den 21. Juli, 20 Uhr: Jungwählerversammlung des S. J. V. West in der „Metze“, Lange Gasse 62. Ref.: Gen. Kirstein. Unkostenbeitrag 5 Pfg.

„Rache für Ohlau“

Breslau, 21. Juli.

Ein Polizeibericht meldet:

In der Nacht zum 20. Juli, kurz nach Mitternacht, befanden sich zwei Angehörige des Reichsbanners in Uniform auf dem Nachhausewege von der Jahrhunderthalle in ihre Wohnungen in der Berliner Straße. Wie die Vernehmungen ergaben, wurden sie am Freiburger Bahnhof von einem Lastkraftwagen überholt. Das Fahrzeug hielt an und ihm entstiegen etwa 15 bis 20 Personen, die mit harten Gegenständen auf sie einschlugen. Nachdem dies geschehen war, bestiegen diese Personen wieder den Lastkraftwagen und fuhren in Richtung Königsplatz davon. Die beiden geschlagenen Personen begaben sich hierauf zur Polizei und erstatteten Anzeige. Nach Angabe der beiden Geschlagenen sollen die Täter das SA-Abzeichen getragen und beim Besteigen des Fahrzeuges gerufen haben: „Feigheit, Feigheit“ und „Rache für Ohlau“.

Die Polizei findet es, scheints, ganz in der Ordnung, daß nationalsozialistische Terrorkommandos durch die Straßen fahren, ihre Gegner überfallen und mißhandeln. Wir vermissen hier, wie in vielen Fällen, energische Maßnahmen der Polizei zur Ergreifung der braunen Banditen. Die Polizei war doch sonst nicht so zurückhaltend in den letzten Tagen.

Will man die Nazis laufen lassen?

Breslau, 21. Juli.

Im Verlauf der Untersuchung über die blutigen Vorgänge in Ohlau sind 40 Personen verhaftet worden, die ausschließlich der Eisernen Front angehören.

Die Staatsanwaltschaft Brieg hat angeordnet, daß zu den Verhafteten weder die beiden Verteidiger noch Verwandte Zutritt haben.

Die beiden Verteidiger haben einen Verhandlungstermin über die Aufrechterhaltung der Haftbefehle anberaumen lassen. Obwohl der Polizei und der Staatsanwaltschaft Unterlagen über die Ausschreitungen der SA-Leute eingereicht worden sind, ist eine Gegenüberstellung der nationalsozialistischen Täter mit Bewohnern von Ohlau noch nicht erfolgt. Es ist nicht ersichtlich, warum Staatsanwaltschaft und Polizei diese Ermittlungsmöglichkeit ungenutzt lassen.

Feiger Nazimord in Reußendorf

Waldenburg, 21. Juli.

In der Nacht zum Montag überfielen etwa 10 Nazi-Lummel ohne jeden Anlaß zwei Reußendorfer Arbeiter und schossen meuchlings den Arbeiter Heiswinkler (KPD) nieder, der am Dienstag seinen schweren Verletzungen erlegen ist.

Der Mörder, der Bauernhofbesitzerssohn Rolke, sowie zwei weitere Nazi, sind in Haft genommen worden.

Am Montag nachmittags demonstrierten etwa 1000 Mitglieder der Antifa und 300 der Eisernen Front gemeinsam gegen diesen feigen Mord. Im Verlauf der Demonstration hielten die Genossen Prenzel (KPD) und Schoeßler (SPD) Ansprachen, in welchen sie zum gemeinsamen Kampf gegen den sich täglich steigernden faschistischen Terror aufriefen.

Die Landjäger mußten unter dem Druck der Demonstranten eine in provokatorischer Absicht herausgehangene Hakenkreuzfahne einziehen.

Der eisernen Disziplin der Arbeiter ist es nur zu verdanken, wenn es nicht zu dem ersehnten Sturm auf das väterliche Anwesen des Mörders und des Nazi-Pfarrhauses gekommen ist, in dem die Nazis ihre Waffen sicher gestellt hatten.

Bei der Rückkehr wurden die Waldenburger Demonstranten in Ober-Altwasser von der Polizei in rigoroser Weise mit dem Gummiknüppel auseinandergetrieben

Der „verwundete Krieger“

Breslau, 21. Juli.

Die „Nationalsozialistische Schlesische Tageszeitung“ bringt in ihrer Nummer vom 12. Juli 1932 unter der Schlagzeile „Der Rotmord rast durch Schlesien“ über die Ohlauer Vorgänge einen Bericht, in dem u. a. folgende Zeilen zu lesen sind: „. . . . . schwere Kopfverletzung erlitt ferner der SS-Mann Göldner aus Breslau sowie . . . . . .“

Wie wir feststellen konnten, wird der SS-Mann Göldner, wohnhaft in Zimpel, zu Propagandazwecken mit viel theatralischem Aufwand (man läßt ihn sich auf seine begleitenden „Kameraden“ stützen), durch die Straßen von Breslau geführt. Wir sind demgegenüber in der Lage, mitteilen zu können, daß dieser tapfere SS-Mann nicht im geringsten verletzt ist.

Genau so wie man Naziprovokateure mit dem Abzeichen der Arbeiterorganisation zur Auslösung von Tumulten in das Gedränge schickt, wie man Waffen benutzt, die das Zeichen „Hammer und Sichel“ tragen und von einer belgischen Firma stammen, benutzt man auch die Verkleidung eines mitleiderregenden Verwundeten, um zum Mord gegen die Arbeiterschaft aufzureizen und zu hetzen.

Wählt am 31. Juli

Liste 17!

Unser Dienst am Raucher:

Die Verwendung feinster aromatischer Tabake

und die gewissenhafte Betreuung durch anerkannte Fachkräfte im ganzen Herstellungsgang

bringt als Ergebnis für

JUNO

höchste Qualität!

Dieses Princip können wir aufrechterhalten, weil wir keine Wertmarken, Gutscheine oder Stickereien beilegen.

Die große Juno-Gemeinde, Millionen Raucher umfassend, anerkennt die Richtigkeit unseres Handelns!

Belagerungszustand

über Berlin — Brandenburg

Preußenregierung abgesetzt — Die Polizeikommandeure Berlins, Grzesinski, Heimannsberg und Dr. Weiß werden von der Reichswehr verhaftet.

Heraus zum Protest!

Morgen, Freitag, den 22. Juli, 20 Uhr, im Zirkus Busch.

Eintritt . . . . 20 Pfg.
Erwerbslose 10 Pfg.

Bezirksleitung der SAP Mittelschlesien
Schutzbund SJV Schlesien

65 Kirchenaustritte

Dem ersten Aufruf des Kirchenaustritts-Komitees Breslau-Scheitnig folgten 65 Proletarier, die am 18. d. M. demonstrativ aus der Kirche ausgetreten sind. Die Arbeiterschaft in Breslau-Scheitnig und Schwoitsch wird dem zweiten Aufruf noch zahlreicher folgen und sich auf diese Weise einreihen in die rote Einheitsfront der antifaschistischen Kulturaktion. Das KAK Breslau-Scheitnig fordert nochmals die anderen Stadtteile Breslaus und alle Werktätigen in Stadt und Land auf, diesem Beispiel nachzueifern und sofort die Bildung von Kirchenaustrittskomitees mit organisierten Massenaustritten aus der Kirche vorzunehmen.

Feuerwehr gegen Hornissen

Am Dienstag kurz vor neun Uhr wurde die Feuerwehr nach Ebereschenallee 7 alarmiert, desgleichen erfolgte eine Stunde später ein Alarm nach Parkstraße 3, da sich an den Dächern der Grundstücke Hornissenschwärme festgesetzt hatten und die Bewohner gefährdeten. Nach Freilegen der Nester wurden diese entfernt und die Hornissen und ihre Brut vernichtet.

Hausangestellte vergewaltigt

Breslau, 20. Juli.

In einem Hause der Götzenstraße ist eine Hausangestellte in der Wohnung ihrer Arbeitgeberin von zwei unbekannten Männern vergewaltigt worden. Die Täter verschafften sich Eingang in die Wohnung, indem sie vorgaben, ein möbliertes Zimmer besichtigen zu wollen, auf das eine entsprechende Ankündigung am Hauseingang hinwies. Nachdem sie sich vergewissert hatten, daß sich die Angestellte allein in der Wohnung befand, fielen sie plötzlich über sie her und vergingen sich an ihr trotz heftiger Gegenwehr. Aus Gram über die ihr angetane Schmach hat das Mädchen versucht, sich mit Gas zu vergiften. Die Täter konnten noch nicht ermittelt werden.

Antifaschistische Funktionärkonferenz.

Sonntag vormittag, 9,30 Uhr, findet in Breslau im Lokal „Stadt Leipzig", Ursulinerstraße, eine Funktionärkonferenz aller Mitglieder der zentralen Kampfausschüsse, der Betriebsvertreter, der Vertreter der proletarischen Wehrorganisationen, des Massenselbstschutzes und der Erwerbslosen statt. Pünktliches Erscheinen erforderlich.

Tagesordnung:

Besprechung der politischen Lage und Stellung der Aufgaben.

Der Kampfausschuß.

Gewitterregenwelle nimmt die versommerten Kähne mit

Breslau, 20. Juli.

Infolge der kräftigen Gewitterregen der letzten Tage ist die Unterorder seit Montag wieder vollschiffig, da insbesondere die Nebenflüsse Lohe, Weistritz und Weide einen starken Wasserwuchs brachten. So konnte mit Wirkung ab Montag die Tauchtiefe für die Mitteloder auf 1,50 Meter heraufgesetzt werden. Die im Talrang vor Breslau-Ransern bis nach Bartheln gelegenen tiefbeladenen etwa 125 Talfahrzeuge hatten sich am Dienstag bereits bis auf 70 Fahrzeuge verringert, und auch dieser Rang wird sich voraussichtlich vollständig auflösen, so daß die Versommerung vorläufig wieder mal ein Ende gefunden hat. In Coselhafen hat sich der Schiffsbestand mit 379 Fahrzeugen kaum verändert.

Tödlich verunglückt

Jauer, 19. Juli.

In Arnoldshof wurde bei dem Kleinsiedler Härtel eine Scheune gebaut. Als man mit dem Gerüstaufstellen beschäftigt war, stürzte dieses plötzlich zusammen. Dabei wurde Härtel von einem Balken getroffen und auf der Stelle getötet.

Es geht vorwärts!

Strehlen, 20. Juli.

In der letzten Mitgliederversammlung der SAP in Strehlen wurde vom Wochenendkursus des Genossen Sternberg in Breslau berichtet und die weitere Entwicklung der Einheitsfrontbewegung in Strehlen besprochen. Eine größere Anzahl von Neuaufnahmen konnte bekanntgegeben werden.

Kleine Sportnachrichten

Freie Schwimmer Breslau: Alle Handballer sind heute 20 Uhr, im Poseidon-Bade zu einer wichtigen Besprechung (Oslafahrt).

Freie Schwimmer Breslau E. V.: Auswahlspiel am 21. Juli: Richter, Kretschmer, Falkenhain, Schwarzbach, Surauf, Strietzel, E., Strietzel, K. Ersatzleute: Sperling, Ehrlich, Märländer.

Arbeiter-Athleten-Bund, 1. Bezirk: Sonnabend, den 23. Juli, abends 20 Uhr, findet im Lokal Fiedler, Schweitzerstr. 10, unsere Bezirksversammlung statt.

Gruppe Freie Menschen Breslau: Unser Gymnastikabend findet ab heute jeden Donnerstag in der Turnhalle, Margaretenstraße, statt. Die Sonnabend-Abende fallen bis auf weiteres aus. Anfragen wegen Neuaufnahmen sind zu richten an Leo Salisch, Augustastraße 12, oder Schäfer, Schweidnitzer Stadtgraben.

ASV Rapid: Donnerstag, den 21. Juli 20 Uhr, Mannschaftssitzung bei Sander, Matthiasstr. 146, Aufstellung für Dittersbach.

ORGANISATIONS-NACHRICHTEN

SAP

Bezirk Mittelschlesien; Sekretariat: Breslau, Kleine Holzstraße 3. Telefon 567 68.

Abt. Sandtor: Freitag, den 22. Juli, 20 Uhr, Schultheißstübl, Matthiasstr., Frauenversammlung. Referent anwesend.

Abt. Innere Stadt: Freitag, den 22. Juli, 20 Uhr, Parteibüro, Mitgliederversammlung. Referent anwesend.

Achtung, Abt. Scheitnig! Sämtliche Parteigenossen und SJV-Mitglieder mit und ohne Fahrrad, treffen sich Sonntag, 24. Juli, 9 Uhr, an der Fürstenschule.

Abt. Zimpel und Bischofswalde: Das Platzkonzert des Musikverein Walküre findet nicht statt, da es polizeilich verboten worden ist.
Freitag treffen sich alle Genossen und Genossinnen pünktlich 18 Uhr, an der Güntherbrücke zur Land-Agitation.

Abt. Strehlener Tor: Freitag, den 22. Juli, 20 Uhr, Heim Merkelstr., Abteilungs-Versammlung. Referent anwesend.

Rechtsberatung: Montag, den 25. Juli, 15 Uhr, Parteibüro.

SAP- und KPO-Freidenker-Funktionäre! Unsere für Donnerstag, den 21. Juli einberufene Sitzung wird auf Sonnabend, 19.30 Uhr, Parteibüro, Kleine Holzstr. 3, I, aus politischen Gründen verlegt.

Rote Wespen: Heut Donnerstag, 19.30 Uhr, zur Jungwählerversammlung, Brüderstr., Lokal „Zur Eisenbahn."

Achtung, Genossen aus Oels! Freitag, den 22. Juli, 16.30 Uhr, Antreten zum Flugblattverteilen mit Rädern an der Ecke Bernstädter Str.—Moltkestr. — 20.00 Uhr, außerordentlich wichtige Partei- und Schutzbund-Versammlung im Volkshaus. Alles wird erwartet. Sonnabend, den 23. Juli, in Schmarse bei Wahnitz und Ludwigsdorf bei Schiller, öffentliche Wahl-Versammlungen der SAP. Mitfahrer können sich bis Freitag melden.

Verantwortlich: R. Pfaff, Breslau; für Inserate: Herbert Scholz, Breslau. Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung" Breslau. Druck: Th. Schatzky AG, Breslau, Neue Graupenstr. 7.
Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1 Treppe. Telephon 206 02.
Inseratenpreise: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.
Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1 Treppe. Telephon 206 02.
Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2.10 und RM. 0.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2.10 und RM. 0.35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2.10 zuzüglich RM. 1.50 Porto monatlich.
Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt Breslau 6, Kleine Holzstraße 3, Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau, Konto Nr. 102 92.

KABA das nichtstopfende, wohlschmeckende Familien-Getränk
jetzt billiger: 30 und 60 Pfg. das Paket
zu haben bei:
Kolonialwaren • Spirituosen • Zigarren
Karl Kirchner
Edeka-Geschäft — Brandenburgerstraße 21

S. Zöllner, Herrenausstatter
Schmiedebrücke 64/65 • Ohlauer Straße 55, Ecke Poststr.

Berlin

Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon: 27 Weidmann 3422
Freitag, den 22. Juli
8.30 Uhr
Die eiserne Jungfrau
Gartenbühne
5.30 Uhr
Konzert und Varieté
8.15 Uhr
Drei arme kleine Mädels

Berücksichtigt unsere Inserenten!

Notzeit Notpreise!
Kein Laden
Lindower Straße 18/19
Seitenflügel, nirgends so billig.
Militärschuhe 2.75., Stiefel 3.75., neue Schalldocken 0.95, 1.45, Monteurjacken und Hosen 1.10, Militärunterhosen und Hemde. 0.75 M., Laufschuhe 0.90 M. neue Arbeitshosen englisch Leder. 3.80 M., neue Schnürschuhe Militärart Vollleder (kein Spaltleder) 4.90 M., neue Militärtuchschuhe, Ledersohle 1.30 M., Militär-Drelljacken 1.10 M Hosen 1.10 M. Ia Windjacken, 4.85 M., moderne Kletterwesten 4.90 M., neue Ia Reinwollsocken 0.75 M., reinwollene Pullover 2.90 M., Trainingsanzüge 4.90 M., Ia Polohemden, lange Aermel 1.95 M. Alles zum Ausuchen. Militärröcke für Arbeitszwecke 2.80 M., neue Hosen, gebrauchte Hosen 2.50 M. Ia Manchesterhosen 5.75 M., Ia Köperbarchent A beitshemden 1.95 M., Ia Sporthemden, fester Kragen mit Krawatte 2.90 M., Zeltbahnen, Zelte, Wandervertikel, Rucksäcke, neue Lederjacken, Schlosserhemden, Packerblusen, Arbeitskittel, Breecheshosen 4.90 M. Besichtigen Sie mein Lager ohne Kaufzwang. Versand nach außerhalb gegen Nachnahme. Umtausch gestattet. Einzelverkauf Siegmund Schwarz, Bekleidungsversand 3, Berlin N 65, gegenüber Bahnhof Wedding, Lindower Straße 18/19.

Gewitterregenwelle nimmt die versommerten Kähne mit
Breslau, 20. Juli.
Infolge der kräftigen Gewitterregen der letzten Tage ist die Unterorder seit Montag wieder vollschiffig, da insbesondere die Nebenflüsse Lohe, Weistritz und Weide einen starken Wasserwuchs brachten. So konnte mit Wirkung ab Montag die Tauchtiefe für die Mitteloder auf 1,50 Meter heraufgesetzt werden. Die im Talrang vor Breslau-Ransern bis nach Bartheln gelegenen tiefbeladenen etwa 125 Talfahrzeuge hatten sich am Dienstag bereits bis auf 70 Fahrzeuge verringert, und auch dieser Rang wird sich voraussichtlich vollständig auflösen, so daß die Versommerung vorläufig wieder mal ein Ende gefunden hat. In Coselhafen hat sich der Schiffsbestand mit 379 Fahrzeugen kaum verändert.

Wo decke ich meinen Bedarf?

OHLAUER TOR

Genossen! kauft im
Unterstützt Euren Genossen
„Sika-Wäschehaus"
Klosterstraße 13, Ecke Feldstraße

coffeinfrei und daher völlig unschädlich.
10% billiger
zu haben bei:
Joh. Hammerling
Grünstraße 15, Ecke Palmstr
Edeka-Geschäft
Kolonialwaren
Weine — Spirituosen

O. Müller Lebensmittel
Vorwerkstraße 9, Ecke Grünstraße — Mühlenfabrikate, Molkereiprodukte

Kauf im
Fahrradhaus Ost
Fahrräder, sämtliche Ersatzteile, Reparaturen
„Ost ist am billigsten"
Klosterstraße 17
Inh. A. Olischewski

Hermann Schölzel
Fahrräder / Motorräder / Reparatur-Werkstatt
Klein-Tschansch — Karl-Marx-Str. 23

Paul Scholz Kolonialwaren
Klosterstr. 135

Bruno Sarembe
Kolonialwaren, Mühlenfabrikate, Spirituosen
Vorwerkstraße 78, Ecke Löschestraße

Schuhhaus Paul Bürkner
Mauritiusplatz 2
Schuhwaren — Reparaturwerkstatt — Schuhfarberei

In Kürze erscheint:
Fritz Sternberg
Der Niedergang des deutschen Kapitalismus und die Aufgaben der Arbeiterklasse
Vorzugspreis 4.50
statt 7.50
Vorausbestellungen nimmt die Redaktion Kl. Holzstr. 3 entgegen

ODERTOR U. SCHEITNIG

Richard Karsunky & Co
Möbel
Rosenthaler Str. 2, Ecke Matthiasstr.

Drogerie „Zum Großen Kurfürsten"
Richard Elison
Matthiasstraße 161/163

Richard Geise ff. Fleisch- u. Wurstwaren
Bismarckstraße 24

Fahrräder bei mir schon ab 31.50
Bereifungen, Ersatz- und Zubehörteile ganz besonders billig
Achten Sie genau auf die Adresse: Paul Eichler Adalbertstr. 26

Bäckerei u. Konditorei Karl Pusch
Hedwigstraße 22
Filiale: Sternstraße 122 — Carlowitzermarkt 11

Reserviert!
Nr. 101

ff. Fleisch- u. Wurstwaren
nur bei Bruno Kastner, Adolfstr. 14

HERMANN NICKISCH
9% Kolonialwaren Gertrudenstr. 2 9%

ff. Fleisch- und Wurstwaren
Karl Klimpke
Hirschstraße 70

Gebt in den Geschäften die **Bons ab!**

Wir lesen die
SAZ
Sozialistische Arbeiter-Zeitung
Geschäftsstelle: Kl. Holzstr. 3. Tel. 20602
und kaufen in Zukunft nur noch bei unseren
„Inserenten"

Alles für Haus und Küche
nur im **Kaufhaus am Dom**
immer billig und gut. (Bei Abgabe der Zeitungskoupons Extrarabatt)

Am Grabe gemordeter Klassengenossen

Die Opfer der Blutschuld von Siemensstadt, die kommunistischen Genossen Grothe und Brechlin, sind am Dienstag in Spandau zur Grabe getragen worden. Klassenbewußte Arbeiter aller proletarischen Parteien verliehen durch ihre Beteiligung der Trauerfeier einen demonstrativen Ausdruck für das sehnsüchtige Verlangen der kampfbereiten Arbeiterschaft für die proletarische Klassenfront.

Was konnte zu deren Formierung die noch Zaudernden hinreißen, was die Spitzen der Arbeiterorganisationen aus ihrer Eigenwilligkeit mehr losreißen, wenn nicht die Tatsache des niedrigsten Meuchelmordes, wie er an den beiden Opfern am hellen Tage von Faschisten verübt worden ist? Selbst das bürgerliche „Berliner Tageblatt" muß in seiner Sonntagsnummer folgendes feststellen:

„In jedem Fall wird den Nationalsozialisten ihre bisher geübte Taktik, bei Zusammenstößen die Schuld auf den Gegner zu wälzen, diesmal nichts nützen. Der Gegner hat sich ganz ruhig verhalten, und die Schüsse, die zwei Menschen das Leben kosteten und drei schwer verletzten, sind nicht etwa in der Notwehr oder im Verlauf einer Schlägerei abgefeuert worden, sondern grundlos, sinnlos,

aus politischem Fanatismus.

Von allen Taten, die die Nationalsozialisten in der letzten Zeit verübt haben, ist dies eine der schwersten und auch eine der bezeichnendsten für die blutigen Erfolge der Hetze, die von nationalsozialistischer Seite gegen alle Andersgesinnten geführt wird. Wenn gar noch das bisherig theoretische „Waffenverbot" bei den SA-Männern fallen sollte, wie das jetzt von Hauptmann a. D. Goering angekündigt worden ist, dann werden wohl Taten, wie die von Siemensstadt, bald als wohlgefällige Werke gelten."

Daß es sich aber um einen Angriff mit der Mordwaffe gegen die gesamtdeutsche Arbeiterbewegung handelt, das auszusprechen wäre Aufgabe der Grabredner gewesen. Aber die dem Gedanken der Klassenfront mit Hingebung verschlossenen Arbeiter haben von den offiziellen Rednern der Kommunistischen Partei nichts anderes vernommen als die übliche Parteiwalze irgendeiner Parteiversammlung, ohne einen Funken jenes zündenden Geistes, der die Tausende zu Kämpfenden vereint hätte. Nach den üblichen persönlichen Aeußerungen gegen SPD-Führer Ulbricht leistete sich Leow die Geschmacklosigkeit einer persönlichen Verherrlichung Thälmanns. Wie schwierig war es unter dem Eindruck solcher Parteibornertheit für den Sprecher der sozialdemokratischen Richtung, das richtige Wort zu finden. Daß der Arbeitersportler Knauß es dennoch aussprach, indem er wünschte, die Arbeiterschaft möge bald einen gemeinsamen Gruß als Symbol für den gemeinsamen Kampf finden, bestätigt nur den Zustand in den Reihen der organisierten Arbeiterschaft, der an Wärme und Hingabe für den Befreiungskampf der Klasse die Vertreter der kalten Parteischablone beschämen müßte.

Die Anwesenden der Sozialistischen Arbeiterpartei waren wohl bestürzt, daß in dieser historischen Situation die deutsche Arbeiterklasse Opfer der falschen Parteipolitik beider Arbeiterparteien zu werden droht, sie gaben den beiden Gefallenen aber das stille und darum nicht weniger wertvolle Gelöbnis, so lange zu kämpfen, bis der Sehnsucht Verlangen erfüllt sein wird: die Klassenfront gegen den Kapitalismus. Dann wird keine Polizeigewalt mehr die siegreiche rote Fahne der internationalen Arbeitersolidarität von Saigon ermordeter Arbeiter reißen können, wie dies gestern als Symbol der kapitalistischen Staatsgewalt deutlich zum Ausdruck kam.

r. w.-g.

Polizei schießt in S. P. D.-Jugendlager

Ein wörtlicher Bericht des Berliner Tageblattes sagt:

Stettin, 20. Juli.

Anläßlich des Hitler-Tages in Stralsund war einem Polizeikommando das zur Verstärkung aus Stettin herbeigerufen worden war, mitgeteilt worden, daß sich in dem nahen Negaster Wald Kommunisten versammelt hätten, um die heimkehrenden Nationalsozialisten zu überfallen. In Wirklichkeit handelte es sich jedoch um das Ferienlager einer sozialdemokratischen Jugendorganisation, der „Roten Falken", das von Mitgliedern der Eisernen Front aus den beiden Nachbarstädten Franzburg und Richtenberg bewacht wurde. Die Polizei fuhr mit ihren Autos hinaus und schoß blindwütig in den Wald hinein. Es gab zahlreiche Verletzte, und der Leiter des Lagers, ein Lehrer, wurde tödlich verwundet. Er ist heute morgen im Stralsunder Krankenhaus gestorben.

Die Polizei verhaftete die Lagerwache, die 60 Mann stark war. Sie wurden wie Sträflinge nach Stralsund gebracht und unterwegs von den Beamten mit den Karabinern gestoßen und in schwerster Weise beschimpft. Das Gericht mußte die Mitglieder der Eisernen Front sofort wiederentlassen, da ihnen keinerlei Schuld nachgewiesen werden konnte. Als die Republikaner in ihre Heimatorte zurückkehrten, wurden sie dort von den Nationalsozialisten überfallen und zum Teil so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten.

Der Vorfall ist auf die Schuld des Kommandoführers der Stettiner Polizei zurückzuführen.

In Altona bereits 16 Tote

Die Zahl der Todesopfer hat sich auf 16 erhöht. Drei weitere Schwerverletzte in den Krankenhäusern ringen mit dem Tode. Das Schnellgericht soll bereits in den nächsten Tagen mit der Aburteilung der Verhafteten beginnen.

Wir tragen aus der Unzahl ähnlicher Pressestimmen noch eine gewichtige über die Hamburger Blutschuld nach: Die seit langerer Zeit rechtsbürgerliche „Frankfurter Zeitung" schreibt: „Die Nationalsozialisten versuchen eine sehr plumpe Täuschung, wenn sie mit kommunistischen Attacken ihre eigene politische Unschuld beweisen wollen. Es muß zuerst einmal festgehalten werden, daß die große Mehrzahl der blutigen Zusammenstöße dadurch herbeigeführt worden ist, daß die Nazis ihre uniformierten Truppen absichtlich und systematisch immer wieder durch die Stadtviertel und die Straßen marschieren lassen, die von den politischen Gegnern bewohnt werden. Wie brutal die Nationalsozialisten ihrerseits vorgehen, wo sie sich dazu in der Lage fühlen, das zeigt unsere Meldung von dem Turnfest in Gau-Odernheim."

Erneuerung tut Not!

Dokumente der Verblendung

Am Morgen vor der Absetzung der Preußenregierung erschien die Berliner „Rote Fahne" mit der Schreizeile „Von Wels bis Hitler für verschärften Ausnahmezustand gegen KPD und Antifaschistische Aktion!"

Am gleichen Morgen erschien der „Vorwärts" mit der Schlagzeile: „Hände weg von Preußen. . . . Reichskommissar ist Staatsstreichkommissar." „Preußen steht", hieß die stolze Losung in den Eiserne-Front-Versammlungen noch am Vorabend der Beseitigung dieses „Bollwerks" mit einem Federstrich.

Und sind etwa, nachdem die Konterrevolution gehandelt hat, die Illusionisten der SPD und die Sektierer der KPD geheilt?

Sie sind es nicht!

Die kommunistische „Arbeiter-Zeitung" Breslau verbreitet ein Extrablatt, in dem es heißt: „Die Haltung Severings, daß er nur der Gewalt weiche, ist nur ein neues Betrugsmanöver zu dem Zweck, die auf dem Wege zur antifaschistischen Aktion schreitenden sozialdemokratischen Arbeiter irre zu führen!" . .

Und die sozialdemokratische „Volkswacht" verbreitet zur gleichen Zeit ein Extrablatt, darin heißt es: „Preußen setzt sich zur Wehr, es ruft den Staatsgerichtshof an und erkennt die Maßnahmen, weil sie rechtswidrig sind, nicht an." An die Mitglieder der Eisernen Front wendet sich ein kurzer Aufruf und sagt: „Trotzdem dürfen wir die Ruhe nicht verlieren. Die zunächst notwendigen Gegenmaßnahmen sind mit der Anrufung des Staatsgerichtshofes bereits getroffen!" !!!

*

Unheilbar erscheinen die einen wie die anderen!

Mit dieser Führung der Eisernen Front und dieser Führung der Antifaschistischen Aktion bewaffnet muß die Arbeiterklasse von der Konterrevolution zu Paaren getrieben werden.

Wir wissen, daß die Arbeiter der Eisernen Front und die Arbeiter der Antifaschistischen Aktion anders denken! Sie fordern mit uns, mit den Arbeitern der Soz. Arbeiter-Partei und des Schutzbundes den Arbeiterblock, fordern den entschlossenen gemeinsamen Abwehrkampf gegen die faschistische Konterrevolution und die Militärdiktatur, fordern den Einsatz der proletarischen Massenorganisationen, den Aufruf zum politischen Massenstreik!

Ein katastrophaleres Beispiel des Versagens der heutigen Führungen der großen Organisationen als es in dieser Stunde der Gefahr durch die Tat gegeben wird, ist nicht möglich. Die Erneuerung der revolutionären Bewegung, die Aenderung der Führung, ist eine Lebensfrage für die Arbeiterklasse!

Arbeiter aller Richtungen, kämpft mit uns um die Ueberwindung der reformistischen und ultralinken Verblendung im Arbeiterlager.

Kämpft mit uns um die Zurückführung der Bewegung auf den Boden des revolutionären Marxismus!

Kämpft mit uns um die Voraussetzung eines neuen Vormarsches, um die sofortige Bildung des Arbeiterabwehrblocks zum Sturz des Diktaturregimes und für die Arbeiterregierung!

Zum Gustav spricht der kleine Berke:

„Edeka-Roggenbrot, Du, das schmeckt knorke."

Nur zu haben in Edeka-Geschäften.

Die Kraft der NSDAP liegt nicht im Verstand!

Das ist der einzig wahre Satz, den der Hetzer Goebbels in seiner Rundfunkrede vor kurzem über das Thema „Nationalcharakter als Grundlage der Nationalkultur" gesprochen hat. Im übrigen verzapfte er den faschistischen Kohl, den man jetzt in Deutschland an allen Ecken bis zum Kotzen vorgesetzt bekommt. Die Rundfunkhörer werden es nicht weiter zulassen, daß beinahe täglich einer der Oberharlekine der faschistischen Mörderpartei am Mikrophon vier Millionen Abonnenten die faschistische Propaganda zumutet. Herr Goebbels empfahl sich in seiner Rede übrigens den Geldsäcken als Retter mit folgenden Worten: „Schon zelen Millionen-Organisationen der Ueberzeugung, daß Eigentum Diebstahl sei, Landesverrat nur eine Ehre und Religion Opium für das Volk. Man müsse den Mut haben, diesen Verfall mit den Wurzeln auszurotten." Die Nazis haben den Mut, denn, wie Goebbels richtig sagt, ihre Kraft liegt nicht im Verstand, sondern bei den von den Schmiergeldern der Kapitalisten bezahlten Terrororganisationen.

Eine Hetze zusammengebrochen

Der im Zusammenhang mit der Schießerei am Langenberger Sender verhaftete Kommunist ist aus der Haft entlassen worden, nachdem sich seine Anwesenheit in Langenberg als harmlos herausgestellt hat.

3000 Textilarbeiter im Ausstand

Gladbach-Rheydt, 20. Juli.

Der revolutionären Gewerkschaftsopposition ist es gelungen, in fünf größeren Textilfabriken die Belegschaft zu einem wilden Streik zu organisieren. Nach Schätzungen der Textilarbeitergewerkschaften sind gestern etwa 3000 Textilarbeiter den Betrieben ferngeblieben.

Schweres Verkehrsunglück in Mexiko

Mexiko Stadt, 20. Juli.

Bei dem Zusammenstoß eines voll besetzten Straßenbahnwagens mit einem Eisenbahnzug in einem Vorort der Stadt Mexiko wurden 15 Personen getötet und 20 schwer verletzt.

Flugzeugabsturz — 10 Tote

Valparaiso, 20. Juli.

Das seit dem vergangenen Sonnabend auf der Fahrt von Santiago de Chile nach Buenos Aires verschollene Verkehrsflugzeug der Panamerikanischen Grace-Gesellschaft ist in einem Andental bei Santa Rosa aufgefunden worden. Die Maschine war vollkommen zerstört und tief in den Schnee eingegraben. Sämtliche 10 Insassen, einschließlich des Führers und der Besatzung, waren tot.

Copyright by AGIS-VERLAG, Berlin-Wien, 1931. Alle Rechte, insbesondere die des Nachdrucks, der Uebersetzung und Radioverbreitung, vorbehalten.

51. Fortsetzung.

Ach, das ist lange her. Warum erinnern. Was ist gewesen? Nichts war vor diesem hier. Es gibt keine Menschen und keine Hilfe mehr. Es gibt draußen nur noch Anstalten.

Herr Leukel spricht.

Hans starrt zum Fenster nach oben und sieht draußen den grauen Himmel. Große Wolken rudern vorbei. Wer da mitkönnte . . . Aber er wendet schnell den Blick. Was würde es schon helfen? Die Wolken ziehen irgendwo hin. Die haben kein Ziel. Aber der Mensch kehrt immer wieder an seinen Ausgangspunkt zurück. Er mag hier eine gute oder schlechte Tat begangen haben, oder ein unbeschriebener Mensch sein. Hans will nicht hören, was Herr Leukel sagt. Er hat ja sein Gesicht gesehen. Was ist da noch zu hören?

Adieu, Vater, Mutter, Lissi, Ida. Ich werde die Küche nie mehr wiedersehen . . .

Das Leben ist wunderlich und klein. Eigentlich ist das Leben gar nicht so viel, wie man immer gedacht hat. Warum ist man nur immer so hinter der Freiheit hergelaufen. Ich bin ja doch nicht frei. Wir stecken doch alle irgendwie in Gittern und Käfigen.

Aber dann schaltet dieses Schweifen der Gedanken, dieses Wehren gegen den Eindringling plötzlich aus. Herr Leukel hat eben von der Großen Frankfurter erzählt. Und wie gefällt, plötzlich und ohne Wehren, ohne Kraft, bricht Hans in die Knie. Er schreit nicht, er ruft nach niemand.

Er wimmert nur . . .

Er wimmert . . .

Der Kopf auf der blau gewürfelten Decke bewegt sich im Schütteln und Zittern.

Herr Leukel wartet. Aber die Spannung löst sich nicht unter diesem Wimmern. Es kommen keine Tränen. Herr Leukel wartet noch einmal zehn Minuten. Vielleicht ist es auch eine Stunde. Und dann steht Hans plötzlich auf, sieht sich verwendert und etwas beschämt um. Was war denn das . . .?

Dann kann Herr Leukel sich seines Auftrages entledigen. Hans soll in die Anstalt zurück. Vielleicht später in eine andere. Drei Monate soll er sich bewähren und zeigen . . . Weiter geht es nicht. Herr Leukel hat getan, was er tun konnte. Aber er kann jetzt dem Jungen nicht noch den Dolch in der Brust herumdrehen und das von dem gefestigten Menschen reden, und von dem Bewährenmüssen. Dem hier nicht . . .

So, das war das. Und jetzt kommt das vom Vater.

„Ich war bei Euch . . . bei Deinem Vater und bei Lissi und Ida . . . Du sollst wieder nach Hause kommen. Alle wollen sie Dich wieder haben. Vater hat an das Jugendamt geschrieben, und das und das hatte ich mit Dir vor an dem Tage, an dem Du nicht kamst . . . nicht kommen konntest. Vater war im Jugendamt. Er will seinen Jungen wieder haben . . . Sie alle wollen Dich wieder haben."

Alle . . .?

Und in Hans stieg das Bild von der Großen Frankfurter wieder einmal auf. Es wächst aus den Trümmern der umgestürzten Welt, der verlorenen Welt. Die Nächte in der Küche werden lebendig. Die Tapete knarrte und rieselte manchmal. Die Luft roch so nach Zuhause. Nebenan schnarchte der Vater . . .

Herr Leukel spricht wieder. Wie schwer das ist. Immer drum herum. Mutter war lange krank . . . es ging ihr immer gar nicht gut . . . sie hat lange gelegen . . . von dir hat sie oft gesprochen . . . sie wollte dich gern noch einmal sehen . .

Hans sieht Herrn Leukel fragend an. Was denn nur . . . was redet denn der immer . . . natürlich will ihn Mutter nochmal sehen. Herr Leukel hat doch eben erst gesagt, daß ihn alle wieder haben wollen. Warum denn Mutter etwa nicht? Ist denn die Mutter immer noch krank? Kann ich sie denn nicht einmal sehen . . .

Herr Leukel sieht ihn so komisch an. Der hat doch noch was vor. Nun reden Sie doch schon. Was denn . . . was denn . . .

„Hans . . . lieber Hans . . ." es muß gesagt werden, nun sei noch einmal ganz stark, Junge . . . „Deine Mutter ist nicht mehr da . . . Deine Mutter war krank, und dann ist sie gestorben."

Der Junge steht an der Wand. Er kann ja nicht umfallen. Er rührt sich nicht. Er steht steif und wie erfroren. Einmal ist er zusammengezuckt. Wie ein elektrischer Schlag ging es durch den Körper hindurch. Aber nun steht er unbeweglich. Die Wand hinter ihm ist grau und gelb. Das Gesicht des Jungen ist grauer und gelber. Es sinkt ein. Die Knochen stechen durch die Backen hindurch. Die Kiefer bewegen sich immerzu. Das Weiße im Auge ist zu sehen. Die Augen sind starr. Der Mund öffnet sich weit und qualvoll, aber es kommt kein Seufzer heraus. Hans stirbt im Stehen. Er bleibt noch am Leben, aber was noch bleibt, ist der Fuß, die Hand, der Hals. Die werden sich noch bewegen. Der Junge ist tot . . . Hans Schulze ist gestorben. Bald wird er ausgelöscht sein.

Wenn doch Hans nur schreien würde. Schreien und immer nur wieder schreien, wünscht sich fiebernd Herr Leukel . . . Aber Hans schreit nicht. Er seufzt auch nicht und er spricht kein einziges Wort. Er hat keine Sprache mehr und die Tränen sind eingefroren in der großen Kälte, die ihn erst langsam, aber dann ganz schnell zum Erstarren gebracht hat.

Herr Leukel möchte gehen. Er hat das Werk ja nun vollendet. Sein Auftrag ist ausgeführt. Das kann er jetzt getrost in die Akten schreiben. Er hat getan, was er tun konnte. Herr Leukel hat dem Jungen das Leben erleichtern wollen. Das Leben war schwerer. Die Fürsorge hat das Beste gewollt. Die Maschine hat nicht auf einige Ecken Rücksicht nehmen können. Sie hat sich gedreht und einer ist zerquetscht worden. Wer nicht still liegt, wird immer zerquetscht. Das System ist stärker als Menschengeist und Menschenwille. Aber das eine bleibt: Es ist von Menschen geschaffen worden und das ist das Große daran . . .

Die Tür geht auf. Ein Wachtmeister sieht herein, mißtrauisch und neugierig. Als er Herrn Leukel sieht, grüßt er freundlich: „Dachte nur, es wäre was passiert." Die Tür geht wieder zu. Der Beamte denkt, da macht wieder einer Mätzchen, weil er nicht in die Anstalt will. Das kennen wir schon. Sie versuchen es auf jede Weise.

Herr Leukel weiß nichts mehr zu sagen. Seinen Auftrag ist er doch los. Etwas anderes gibt es doch in diesen Sachen nicht mehr. Ein freundlicher Händedruck noch und dann zum nächsten. Aber so einfach ist die Sache nicht. Er kommt hier nicht heraus. Er ist ja hier gefesselt. Und in die Zelle geworfen. Er ist ebenso gebunden wie dieser Junge hier. Es gibt kein Entrinnen mehr. Aber Hans weiß das nicht. Hans beachtet ihn nicht. Hans ist allein in seiner Zelle. Er kann nicht sitzen und nicht stehen. Er hängt in der Luft wie eine Puppe. Es gibt keinen Willen mehr. Die Gedanken sind eingefroren, aber da oben ziehen noch immer große graue Wolken vorüber. Wie das quirlt und jagt . . . und dann steht plötzlich ein Fetzen blauer Himmel leuchtend und schön da. Schon haben die Wolken ihn wieder fortgewischt. Es gibt keinen blauen Himmel mehr.

Es gibt kein Leben mehr. Keinen Vater und es gibt keine Mutter mehr.

Mutter ist tot und begraben . . .

Es gibt nur noch Anstalten . . .

Dann endlich geht Herr Leukel. Er weiß jetzt, daß ein Händedruck und ein freundliches Wort furchtbare Lügen wären. Dem Jungen ist genug zugefügt worden und immer soll er freundlich sein . . . Herr Leukel schließt leise und voll Angst die Zelle hinter sich zu. Auch das noch. Das ist ein Symbol. Herr Leukel weiß das genau und schleicht wie ein Dieb an den Zellen vorbei und aus dem Hause. Niemand hält ihn an. Kein Beamter läuft hinter ihm her. Niemand will ihn fangen. Herr Leukel wundert sich darüber. Er hat einen schweren eisernen Riegel vor die Zellentür gelegt und einen jungen Menschen eingesperrt. Das ist in Ordnung . . . Das ist die Ordnung . . .

(Fortsetzung folgt.)

Devaheim-Pastoren sollen ins Gefängnis

Berlin, 21. Juli.

Im Devaheim-Prozeß stellte heute nach vierstündigem Plädoyer der Staatsanwalt folgende Strafanträge: Gegen Pastor Cremer wegen fortgesetzter Untreue drei Jahre Gefängnis, gegen Claussen wegen fortgesetzter Untreue drei Jahre Gefängnis und sofortige Verhaftung, gegen Generaldirektor Wilhelm Jeppel wegen fortgesetzter Untreue, Betruges in zwei Fällen, Urkundenfälschung und Bilanzverschleierung zwei Jahre sechs Monate Gefängnis, gegen Ernst Wilhelm Cremer wegen fortgesetzter Untreue und Betruges acht Monate Gefängnis, gegen Paul Jeppel vier Monate Gefängnis und gegen Kocks drei Monate Gefängnis, während er bei Pfarrer Müller Freispruch mangels Beweises beantragte.

Das Plädoyer des Staatsanwalts

Die Rede, mit der Staatsanwalt Dr. Fachholz als Vertreter der Anklage, seine Strafanträge begründete, war zu einem breiten Teil darauf angelegt, die Kirche und ihre Organisationen von jeder Verantwortung für den Devaheim-Skandal zu entlasten, ein Beginnen, das indessen kaum als geglückt angesprochen werden kann. Kirche und Bankgeschäft waren im Devaheim derart eng verknüpft, daß ein Trennungsstrich gar nicht zu ziehen ist, dies um so weniger, als ein in hohem Ansehen stehender und blindes Vertrauen genießender Pastor, Dr. Cremer, dem Devaheim vorstand und schon durch seine Person diese engen Beziehungen zum Ausdruck brachte. An diesem wie auch an den übrigen Angeklagten übte der Staatsanwalt im weiteren Teil seiner Anklagerede allergrößte Kritik. Dies nicht zuletzt auch im Hinblick auf ihr Verhalten vor Gericht. Statt mutig einzustehen für ihre Handlungen, hätten sie

überall gekniffen

und die Verantwortung entweder auf andere abzuschieben versucht oder Ahnungslosigkeit und Gutgläubigkeit vorgetäuscht. In Wirklichkeit seien die Angeklagten sich der vollen Tragweite ihres Tuns vollkommen bewußt gewesen und hätten auch den erforderlichen Ueberblick gehabt. Jedem, der den Trümmerhaufen dieses Riesengebildes „Devaheim-Konzern" betrachte, das berufen sein sollte oder wollte, das Ideal von „Sonne, Luft und Haus" für die breiten Massen zu verwirklichen, dränge sich die Frage auf, wie es möglich gewesen sei, in wenigen Jahren viele Millionen Mark zu verwirtschaften.

Dann knöpfte sich der Staatsanwalt die Angeklagten der Reihe nach einzeln vor. Es sind die sonderbarsten Typen, die sich an der Spitze des Konzerns zusammengefunden hatten. Jeppel, der Direktor, habe mangelnde Talente durch Pfiffigkeit und Anpassungsfähigkeit kompensiert und es Dank dieser Eigenschaften zum Beherrscher eines Riesenkonzerns gebracht. Von allen Angeklagten verdiene er noch am ehesten ein Wort des Bedauerns. An ihm habe sich einfach die

Tragik des Emporkömmlings

erfüllt, dagegen handle es sich bei Claussen um den Typ des kalten Geschäftemachers, wie er alltäglich in Skandalprozessen auftrete, ganz im Gegensatz zu dem Pastor Cremer, der wohl die peinlichste Erscheinung dieses Prozesses sei, weil er höchstes Vertrauen, das ihm als Persönlichkeit und als Träger seines frommen Amtes von allen Seiten entgegengebracht worden sei, bitter enttäuscht habe. Er, der einmal ein verordneter Diener der Kirche gewesen sei, hätte diese Berufung nie verleugnen dürfen. Als Pastor, als „Hirte", sollte er der Herde vorangehen. Statt dessen sei er selbst in die Irre gegangen,

habe seine Herde verraten und dreimal verleugnet, was er einst selbst gelehrt habe

Die Anklage gegen ihn sei die furchtbarste in diesem Prozeß, und man könne nur den einen Wunsch haben, daß dieser Geistliche niemals Nachfolger finden möge. Die übrigen Angeklagten hätten nur eine untergeordnete Rolle gespielt.

Zum Schluß beleuchtete der Staatsanwalt die Geschäftspraktiken des Devaheim-Konzerns, die mit Fehlleitungen begannen und schließlich mit der widerrechtlichen Verfügung über Spargelder, betrügerischem Abschluß von Verträgen und Bilanzverschleierungen endeten.

Luther-Attentäter vor Gericht

Vor dem großen Schöffengericht Berlin-Mitte wurde am Dienstag der Prozeß gegen die beiden Luther-Attentäter Dr. Roosen und Kertscher eröffnet. Schon der erste Verhandlungstag bestätigte den Eindruck, den man unmittelbar nach Bekanntwerden der Einzelheiten dieses Attentats über die Motive und seine Urheber gewonnen hatte: von dieser ganzen Affäre führt kein Band zu den vielen Attentaten, deren Schauplatz das Nachkriegsdeutschland geworden ist. Wenigstens nicht unmittelbar, denn diese Angeklagten sind nicht als Repräsentanten einer politischen Bewegung anzusprechen. Sie handelten auf eigene Faust und aus eigenen Ueberlegungen. Aber indirekte Beziehungen bestehen offenkundig. Auch diesen Angeklagten ist die Pistole durch die große Verwirrung in die Hand gedrückt worden, die heute Millionen in Hitler das einzige Heil sehen läßt. Auch Roosen, der intellektuelle Urheber und Mitbeteiligte des Attentates ist aus diesen Reihen hervorgegangen. Er gehörte sogar dereinst zu den nationalsozialistischen Juristen und Volkswirten und ist dem Hakenkreuz nur darum untreu geworden, weil man ihn als verrückten Kauz erklärte, als er mit großer Beredsamkeit aber in allem Ernst gefordert hatte, daß die Partei sofort 12 Milliarden Mark beschaffen müsse, da nur mit Hilfe einer solchen Summe das Nazi-Programm durchzuführen sei. Möglicherweise hatte Roosen noch gar nicht einmal so unrecht, so daß die Verrücktheit der von ihm erhobenen Forderung weniger auf seine Rechnung als auf diejenige derer käme, die eben das Wirtschaftsprogramm der Nazis verfaßt haben. Jedenfalls ist Roosen, der mit nicht zu überbietendem Selbstbewußtsein vor die Gerichtsschranken tritt, nur einer der vielen verschrobenen und überspannten Köpfe, die heute lärmend durch Stadt und Land ziehen und breiteste Volksschichten aus ihrem jahrzehntelangen politischen Schlafe aufrütteln, um sich ihnen als „Retter" zu präsentieren. Was ihn von Hitler unterscheidet, ist allenfalls nur der Unterschied im Erfolg. Und eben weil dieser Erfolg sich nicht einstellte, darum schlug Roosen auch andere Wege ein: er sah die Rettung nicht in der Aufrichtung eines sagenhaften dritten Reiches, sondern in der Beseitigung des Reichsbankpräsidenten Luthers. Ganz richtig ist auch das nicht. Roosen wollte Luther gar nicht zur Leiche werden lassen, sondern nur seine rechte Hand treffen, weil Luther mit dieser die vielen Kellerwechsel unterzeichne, mit denen die Bevölkerung nach seiner Meinung bestohlen werde. Diese Ideen entwickelte er Kertscher und dieser fand sie auch einleuchtend genug, um auf den Attentatsplan einzugehen.

Der Prozeß begegnet einem großen Interesse. Auch dieses hatte Roosen in seine Rechnung eingestellt. Ein solcher Prozeß, sagte er sich, werde ihm die öffentliche Tribüne zur Entwicklung seiner Rettergedanken verschaffen, die ihm anders versagt blieb. Die Sympathien der Zuhörer stehen ganz auf Roosens Seite. Das selbstbewußte Auftreten macht auf sie einen großen Eindruck. Roosen selbst hat sich zu diesem Zweck mit vielen Exposés und Fragelisten ausgerüstet. Allein dem Reichsbankpräsidenten Luther, der in der Mittagsstunde als Zeuge erschien, präsentierte er nicht weniger als 150 Fragen, die indessen vom Gericht nicht zugelassen wurden.

Sachliches erbrachte der erste Verhandlungstag nicht. Immerhin konnte Roosen einen Erfolg buchen: der von ihm mit der Begründung gestellte Haftentlassungsantrag, daß ihm ermöglicht werden müsse, ein gutes Beefsteak zu essen und eine Flasche Wein zu trinken, wurde insofern erfüllt, als das Gericht die Angeklagten aus der Untersuchungshaft beurlaubte, und zwar mit der Begründung, es habe erkannt, daß die Angeklagten für ein uneigennütziges Ziel kämpfen.

Eine freche Lüge

ist es, wenn von sozialdemokratischer wie auch von kommunistischer Seite behauptet wird, die für die SAP abgegebenen Stimmen seien unter Umständen „verloren". Zu sagen, die SAP-Stimmen seien „verloren", ist schon deswegen lächerlich, weil

jede SAP-Stimme eine Demonstration für die proletarische Einheitsfront und somit von allergrößtem Gewicht ist.

Aber auch rein rechnerisch geht keine SAP-Stimme verloren. Die Reststimmen der SAP kommen der Reichsliste der KPD zugute.

Jeder revolutionäre Arbeiter, der den ultralinken Kurs der KPD-Führung als falsch erkannt hat, stimmt deshalb für die SAP! —

für die Liste 17!

Wer begriffen hat, daß weder die Kraft der „Eisernen" noch die Macht der ‚Antifaschistischen Aktion' zur Niederwerfung des Faschismus ausreicht,

daß nur der vereinigte Arbeiterblock den Sieg verbürgt, der stimme für die

Liste 17!

Krieg in Südamerika

Buenos Aires, 21. Juli.

Wie aus Asuncion gemeldet wird, haben die paraguayanischen Truppen das Grenzfort Pilianfola nach einer 48stündigen Schlacht von den bolivianischen Truppen „zurückerobert". Das paraguanische Kriegsministerium teilt mit, daß drei Paraguayaner getötet und acht verwundet wurden, während die Verluste der Bolivianer größer seien. Die paraguayanischen Truppen hätten große Munitionsmengen erobert. Nach unbestätigten Radiomeldungen sollen paraguayanische Truppen an der bolivianischen Grenze zusammengezogen werden. Die Regierung von Paraguay hat alle gegenwärtig in europäischen Hauptstädten befindlichen Offiziere zurückberufen. Meldungen aus La Paz zufolge hat die bolivianische Regierung ebenfalls Vorbereitungsmaßnahmen getroffen und zu diesem Zweck eine Anleihe von der bolivianischen Zentralbank erhalten. Der bolivianische Generalstab dementiert alle Gerüchte, wonach eine allgemeine Mobilisierung angeordnet oder die Reserven aufgerufen worden seien.

Berlin, 21. Juli.

Bei einem Angriff einer Truppenabteilung aus Paraguay auf das bolivianische Grenzfort Santa Cruz wurden zwei Soldaten getötet und ein Unteroffizier verwundet.

Fahrpreisermäßigung für erwerbslose Jugendliche

Berlin, 21. Juli.

Der Preußische Minister für Volkswohlfahrt hatte in einem Erlaß an die Regierungspräsidenten unter dem 23. April 1932 mitgeteilt, daß die Deutsche Reichsbahngesellschaft den Teilnehmern an solchen Erwerbslosen-Kursen, die von den Arbeitsämtern auf Grund des § 137 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 12. Oktober 1929 eingerichtet sind, die Fahrpreisermäßigung der Schülerrückfahrkarten (50 Prozent) zugänglich macht. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat die Reichsbahngesellschaft nunmehr die Vergünstigung erweitert. Die Fahrpreisermäßigung wird auch den Erwerbslosen gewährt, die an den von staatlichen und kommunalen Stellen sowie Vereinen und Verbänden veranstalteten Erwerbslosen-Lehrgängen teilnehmen, soweit diese der staatlichen Organisation der Jugendpflege angehören. Die Reichsbahndirektionen haben Anweisung erhalten, den bei ihnen eingehenden Anträgen in diesem Sinne zu entsprechen.

Ueber die Stellung der Anträge zur Erlangung der Fahrpreisermäßigung macht der Preußische Minister für Volkswohlfahrt auf folgendes aufmerksam:

„Die Träger der bezeichneten Veranstaltungen richten die Anträge auf Gewährung der erstrebten Fahrpreisermäßigung durch Vermittlung des für den Ort der Veranstaltung zuständigen Regierungspräsidenten bzw. Oberpräsidenten in Charlottenburg an die in Frage kommenden Reichseisenbahndirektionen. Die Regierungsstellen haben zu prüfen, ob die für die Gewährung der Fahrpreisermäßigung erforderlichen Voraussetzungen tatsächlich gegeben sind, und haben mit dem Vermerk der Zustimmung gegenüber der Reichsbahn die Verantwortung dafür zu übernehmen, daß die Fahrpreisvergünstigung nur in solchen Fällen zuerkannt wird, in denen es sich wirklich um Veranstaltungen für erwerbslose Jugendliche handelt."

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft teilt weiterhin mit: „Wenn etwa noch andere Stellen — Schulverwaltungen, Arbeiter- und Handwerkervereine usw. — kostenlose Kurse für Erwerbslose veranstalten und sich um Einbeziehung in die Fahrpreisvergünstigung bemühen, werden sie von den Reichsbahndirektionen an die Arbeitsämter, staatlichen oder kommunalen Stellen oder Vereine, die der staatlich organisierten Jugendfürsorge angehören, verwiesen werden. Diese müßten dann als Träger der Veranstaltungen gegenüber der Reichsbahn auftreten.

Außer Schülerrückfahrkarten werden nunmehr auch Schülermonatskarten ausgegeben werden, weil diese sich zum Teil billiger stellen, wenn zum Beispiel die Lehrgänge an fünf oder sechs Tagen in der Woche stattfinden."

Preußisch. Staatsrat gegen Sparkassenverordnung

Der Preußische Staatsrat hielt heute eine Vollsitzung ab, in der er sich zunächst mit der Verordnung über die Sparkassen und kommunalen Kreditinstitute befaßte. Es wurde ein Ausschußantrag angenommen, in dem der Staatsrat bedauert, daß durch die Verordnung des Reichspräsidenten die Sparkassen von den Gemeinden und Gemeindeverbänden losgelöst worden seien, während ihnen die Haftung für die Verbindlichkeiten verbleibe. Die preußische Verordnung schränke darüber hinaus noch die Gemeinden und Gemeindeverbände in der Verwaltung der Sparkassen und Girozentralen in einer Weise ein, die mit der Selbstverwaltung der Kommunen nicht zu vereinbaren sei. Es werde den Gemeinden dadurch erschwert, die Verantwortung und Haftung für das Geschäftsgebaren dieser Anstalten zu übernehmen. Im übrigen wurde der Verordnung mit einer Reihe von Aenderungen zugestimmt.

Weiter lag dem Staatsrat die Verordnung über die Preußische Wohnungskreditanstalt vor, der die Verwaltung der Hauszinssteuerhypotheken aus dem staatlichen Hauszinssteueranteil übertragen worden ist zur Bewährung oder Sicherung zweitstelliger Grundkredite und zur Förderung des Kleinwohnungsbaues und der Siedlung. Hierzu wurde ein Ausschußantrag angenommen, wonach erhebliche Bedenken bestünden, ob die Begründung der Anstalt zu den vorgesehenen Zwecken von der Reichsverordnung vom August 1931, auf die sich die preußische Verordnung stützt, gedeckt werde. Der Staatsrat fordert, daß die Organisation auf den unerläßlich notwendigen Rahmen beschränkt wird und die Anstalt sich in weitestem Umfange der Mithilfe der Gemeinden und Gemeindeverbände bedient.

Wels will republikanisch sterben

„Lieber republikanisch sterben, als faschistisch verderben" — also Otto Wels gelegentlich einer Kundgebung der Eisernen Front in Berlin. Dieser Ausspruch beweist immerhin, daß Wels so viel vom Faschismus begriffen hat, daß es auch für ihn darin kein Gedeihen gibt. Noch nicht begriffen aber hat Wels offenbar, daß der Faschismus mit der Frage der Staatsform nichts oder nur sehr wenig zu tun hat. Jedenfalls ist republikanisch kein unbedingter Gegensatz zu faschistisch, der Faschismus ist vielmehr eine gesellschaftliche Erscheinung, die auch in fest verankerten Republiken auftreten kann und in der Tat auch auftritt. Den Beweis hierfür liefert Italien, das zwar äußerlich keine Republik, aber auch keine Monarchie in dem eigentlichen Sinne des Wortes ist, da der Monarch dort nur eine Repräsentativ-, keine Machtperson darstellt. Gegensätzlich zum Faschismus ist nur der Sozialismus. Es muß darum eigentümlich berühren, daß Wels gerade in einem Augenblick, da er ans Sterben dachte, den Sozialismus vergaß. Vielleicht aber, ja sehr wahrscheinlich sogar, hat dies eine tiefere Bewandtnis, die Bewandtnis nämlich, daß die SPD gar keine sozialistische mehr, sondern eben nur noch eine kleinbürgerlich-republikanische Partei ist. Dann hätte Wels durch seinen Ausspruch immerhin das Verdienst erworben, vor aller Oeffentlichkeit einen Tatbestand richtiggestellt zu haben, der in den Reihen der SPD offenbar noch nicht vollkommen geklärt ist.

Regierungstruppen gegen die Aufständischen

Rio de Janeiro, 21. Juli.

Wie die Blätter melden, soll die brasilianische Regierung beschlossen haben, eine Offensive größeren Stils mit 40 000 Mann Regierungstruppen gegen die Aufständischen des Staates Sao Paulo einzuleiten. Kriegsschiffe sollen längs der Küste von Sao Paulo patrouillieren, damit die Rebellen weder Nahrungsmittel noch Munition erhalten können. Angeblich haben die Regierungstruppen einige Erfolge erzielt. Flugzeuge sollen den Flughafen von Sao Paulo mit Bomben belegt haben.

Der Präsident von Uruguay zurückgetreten

Buenos Aires, 21. Juli.

Der Präsident von Uruguay, Dr. Gabriel Terra, ist im Zusammenhang mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Uruguay und Argentinien zurückgetreten.

St. Lorenzstrom-Dampfer explodiert

London, 20. Juli.

Durch eine Dynamitexplosion wurde der Dampfer „Amerika", der auf dem St. Lorenzstrom bei Chippewa mit Flußarbeiten beschäftigt war, vollständig zerstört. Bisher konnten zwei Leichen geborgen werden. Weitere elf Mann der Besatzung werden vermißt. Sie sind wahrscheinlich getötet worden. Fünf Mann wurden schwer verletzt. Die Ursache des Unglücks ist auf vorzeitige Explosion des Dynamit zurückzuführen, mit dem Sprengarbeiten zur Vertiefung der Fahrrinne ausgeführt werden sollten.